ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Adlung, Rudolf

Working Paper — Digitized Version

Divergenz oder Konvergenz - Zur regionalen Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft

Kiel Working Paper, No. 91

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Adlung, Rudolf (1979) : Divergenz oder Konvergenz - Zur regionalen Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft, Kiel Working Paper, No. 91, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/47004

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Kieler Arbeitspapiere
Kiel Working Papers

Arbeitspapier Nr. 91

Divergenz oder Konvergenz?

Zur regionalen Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft

von

Rudolf Adlung

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Weltwirtschaft Kiel

Abteilung III

2300 Kiel, Düsternbrooker Weg 120

Arbeitspapier Nr. 91

Divergenz oder Konvergenz?

Zur regionalen Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft

von

Rudolf Adlung

Ag 4260 79 Weltwirtschaft Kiel

Juli 1979

Mit den Kieler Arbeitspapieren werden Manuskripte, die aus der Arbeit des Instituts für Weltwirtschaft hervorgegangen sind, von den Verfassern möglichen Interessenten in einer vorläufigen Fassung zugänglich gemacht. Für Inhalt und Verteilung ist der Autor verantwortlicht. Es wird gebeten, sich mit Anregungen und Kritik direkt an ihn zu wenden und etwaige Zitate aus seiner Arbeit vorher mit ihm abzustimmen.

Ag 5 79 Weltwirtschaft Kiel

Inhaltsverzeichnis

		Seite
I.	Regionale Disparitäten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft: Probleme, Zahlen, Trends	1
II.	Ein Überblick über die räumliche Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft seit ihrer Gründung	9
	II.1. Bevölkerungsentwicklung und Außenwanderungen	9
	II.2. Die Entwicklung der regionalen Einkommensverteilung	14
III.	Zu den ökonomischen Wirkungen von Arbeitskräftewanderungen in den beteiligten Ländern	27
	III.1. Mögliche Auswirkungen von Arbeitskräftewanderungen auf das Wachstum der regionalen Pro-Kopf-Einkommen	27
	III.2. Wanderungen und die Entwicklung von Erwerbsbeteiligung und Produktivität	32
	III.3. Wanderungen und regionaler Strukturwandel	40
IV.	Schlußbemerkungen: Neue Probleme durch eine Erweiterung der Gemeinschaft?	47
	Anhang	

I. Regionale Disparitäten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft: Probleme, Zahlen, Trends*

- Zur Problemstellung

1. Bei einer Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung, die die Gemeinschaft seit 1958 genommen hat, ließen sich zahlreiche Daten und Fakten nennen, die ein postives Gesamturteil nahelegen. Man könnte auf die Wachstumsraten von Produktion, Einkommen oder Beschäftigung verweisen, die man insbesondere im ersten Jahrzehnt des Gemeinsamen Marktes feststellen kann, man könnte auf die Außenhandelsentwicklung verweisen und auf viele weitere Indikatoren, die dann genannt werden, wenn man die Zunahme von Wohlfahrt und Leistungsfähigkeit in einem Wirtschaftsraum beschreiben will.

   Verschiedene Argumente sprechen dafür, daß die Entwicklung, die die sechs alten EG-Staaten in den sechziger Jahren verzeichnen konnten, eng mit der Existenz eines gemeinsamen Marktes verknüpft ist: Die Liberalisierung der Handelsströme innerhalb Europas eröffnete neue Möglichkeiten der Arbeitsteilung; erweiterte Absatzgebiete erlaubten es, die Kostenvorteile größerer Serien wahrzunehmen; in Kooperation der Mitgliedsländer konnten Entwicklungs- und Forschungsprojekte durchgeführt werden, die voraussichtlich die Finanzkraft oder Risikobereitschaft einzelner Staaten überfordert hätten.

   Allerdings bliebe eine historische Bilanz von zwanzig Jahren EG unvollständig, wenn man nicht auch auf der Passivseite fällige Buchungen vornehmen würde. Hier wäre zu berücksichtigen, daß die Liberalisierung im

*Der Autor dankt Carsten Thoroe für zahlreiche kritische Hinweise.

Inneren - oder das Aufrechterhalten liberaler Verhältnisse - teilweise erkauft wurde und - insbesondere in neuerer Zeit - erkauft wird mit einer wachsenden Diskriminierung nach außen; weiterhin kann man darauf verweisen, daß einiges von dem, was (immer noch) unter dem Etikett "Gemeinsamer Markt" läuft, längst auseinandergefallen ist und ersetzt wurde durch ein kompliziertes System einzelstaatlicher Regelungen. Was im Agrarbereich Tradition ist, erweist sich auch für notleidende Industriebranchen zunehmend als attraktiv. Der Ruf nach Selbstbeschränkungsabkommen mit wettbewerbsstarken Handelspartnern, nach Zöllen und Kontingenten, nach staatlicher Subventionierung, nach der Kartellierung von Binnenmärkten ertönt aus vielen Richtungen, und er ertönt nicht immer vergeblich.

2. Mögen sich die Maßnahmen, die hier gefordert werden, im Einzelfall auch unterscheiden, die vorgebrachten Begründungen stimmen zumeist überein: neben den (traditionellen) Autarkie-Überlegungen ist es das Verlangen nach interpersoneller, intersektoraler und - häufig auch - interregionaler Verteilungsgerechtigkeit.

So sollen Transferzahlungen zugunsten von "benachteiligten" Regionen einen Ausgleich für marktferne Lage, für ungünstige klimatische Verhältnisse oder für schwierige topographische Bedingungen schaffen[1]. Zwei Überlegungen stehen zumeist dahinter: einerseits wird angenommen, daß von Integrationsfortschritten - dem Abbau von EG-internen Mobilitätshemmnissen - überwiegend die industrialisierten, hochagglomerierten Zentralregionen profitieren, während die Randregionen daraus keine Vorteile ziehen können oder - im Extremfall - negativ davon betroffen werden. Zum anderen

[1] Vgl. dazu z.B. die Jahresberichte des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (Luxemburg, lfd. Jgg.).

wird befürchtet, daß das Aufbrechen neuer Einkommens- oder Wohlfahrtsunterschiede, wie auch das Fortbestehen solcher Disparitäten, die weitere Entwicklung oder sogar den Bestand der Gemeinschaft gefährden könnten.

Diese Sorge kommt bereits in den Verträgen von Rom zum Ausdruck und sie gewinnt in zahlreichen nachfolgenden Verlautbarungen von Rat, Kommission oder Parlament der EG deutliches Profil. Bei den "Gründervätern" ist die Rede vom "Bestreben, ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern"[1]. Achtzehn Jahre später heißt es dagegen knapp in einer Erklärung des Ministerrats: "Eine wirksame regionale Strukturpolitik ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion"[2].

- Einige Angaben zur aktuellen Lage

3. Vergleicht man zentrale wirtschaftliche Kennziffern, so zeigen sich auch heute noch gravierende Disparitäten innerhalb der EG. Dabei ist es fast unerheblich, ob man das internationale Leistungs- oder

---

[1] Aus der Präambel des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 15.03.1957.

[2] Verordnung des Rates vom 18.03.1975 über die Errichtung eines Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft Nr. L 73/1 vom 21.03.1975.

Wohlstandsgefälle (auf EG-Ebene) oder die internen Disparitäten innerhalb einzelner Mitgliedstaaten zugrundelegt[1]. (Sofern nicht ausdrücklich erwähnt, beziehen sich die folgenden Angaben auf das Jahr 1975).

Pro-Kopf-Einkommen:

Innerhalb der "alten" Gemeinschaft übersteigt das Pro-Kopf-Einkommen des "reichsten" Landes, der Bundesrepublik, dasjenige des "ärmsten", Italiens, um mehr als das 2,2-fache. In der EG der Neun zeigen sich noch größere Disparitäten: Die Durchschnittseinkommen liegen in Dänemark fast dreimal höher als in Irland, das den letzten Rang einnimmt. Bei regionaler Betrachtung fallen die Unterschiede innerhalb Italiens auf; die Pro-Kopf-Einkommen in der Lombardei sind (1972) 2,4-mal höher als in Kalabrien.

Wirtschaftsstruktur:

Der Beschäftigtenanteil in der italienischen Landwirtschaft - der höchste innerhalb der "alten" EG - liegt mit 14,0 vH um mehr als das Doppelte über dem Wert für die Bundesrepublik, um mehr als das Dreifache über dem Wert für Belgien. An der Spitze aller (neun) Länder liegt

---

[1] Vgl. Tabelle 1.
Bei einem internationalen Vergleich ist allerdings zu beachten, daß sich die Erhebungs- und Aufbereitungsmethoden der beteiligten statistischen Ämter teilweise deutlich unterscheiden. Vergleicht man die internen Disparitäten, so sollte berücksichtigt werden, daß ihr Ausmaß im Einzelfall auch von der Wahl des Meßkonzepts und der regionalen Gliederung abhängt. (Vgl. dazu Tabelle 1* im Anhang). Je kleinräumiger die Unterteilung eines Wirtschaftsraumes, desto stärker fallen ceteris paribus auch die Unterschiede aus, die man zwischen den einzelnen Segmenten ermitteln kann.

Tabelle 1 - Indikatoren zur Wirtschaftslage in Ländern und Regionen[a] der Europäischen Gemeinschaft (1975)

A Einkommen und Erwerbsbeteiligung

Land	Pro-Kopf-Einkommen[b]				Arbeitslosenquote		Erwerbsquote	
	Landesdurchschnitt			Regionale Spannweite[c,d]	Land	Regionale Spannweite[c]	Land	Regionale Extremwerte
	US $	normiert (EUR 9 = 100)	Wachstumsraten 1960-1975 (vH)		(vH)		(vH)	
Bundesrepublik Deutschland	6 872	132	3,1	2,3	4,1	2,7	42,1	46,8 / 37,0
Frankreich	6 365	122	4,0	2,4	4,0	3,8	43,0	49,7 / 37,5
Italien	3 084	59	3,7	2,4	3,3	4,7	33,9	40,1 / 27,2
Niederlande	5 947	114	3,3	1,8	4,3	3,4	34,6	36,5 / 30,3
Belgien	6 351	122	4,0	1,6	4,2	2,4	38,3	40,4 / 35,4
Luxemburg	6 136	118	1,9	-	0,3	-	39,6	-
Vereinigtes Königreich	4 065	78	2,1	1,5	3,4	1,9	46,1	47,6 / 42,9
Dänemark	7 006	134	3,1	-	4,9	-	46,2	-
Irland	2 483	48	3,2	-	8,0	-	36,7	-
EUR 9	5 222	100	3,2	-	-°	-	40,8	-
Quelle	OECD			SAEG	OECD	SAEG	SAEG	

B Sektorale Wirtschaftsstruktur und Wanderungsbilanz

Land	Sektorale Wirtschaftsstruktur Beschäftigtenanteile				Wanderungssaldo	
	Landwirtschaft		Industrie			
	Land	Regionale Extremwerte	Land	Regionale Extremwerte	Land	Regionale Extremwerte
	(vH)		(vH)		(Ø 1970-74 je 100 Einwohner)	
Bundesrepublik Deutschland	6,3	24,2 / 2,0	45,7	55,7 / 33,8	0,5	0,9 / -0,2
Frankreich	10,2	28,7 / 0,9	38,2	47,1 / 24,5	0,2	1,3 / -0,4
Italien	14,0	39,1 / 4,0	44,8	56,3 / 25,4	0,1	0,8 / -1,1
Niederlande	5,8	11,3 / 3,4	37,6	47,0 / 31,0	0,2	1,0 / -0,3
Belgien	4,4	8,9 / 1,9	41,4	53,2 / 29,9	0,2	0,4 / 0,0
Luxemburg	7,6	-	41,7	-	1,2	-
Vereinigtes Königreich	2,6	8,5 / 1,9	43,1	54,8 / 35,6	-0,1	1,0 / -0,6
Dänemark	8,9	-	32,5	-	0,1	-
Irland	22,8	-	32,4	-	0,1	-
EUR 9	7,9	-	42,4	-	0,2	-
Quelle	SAEG				SAEG	

[a] Bei den vorgenommenen Berechnungen wurden im allgemeinen Angaben für die Ebene 2 (Grundverwaltungseinheiten, Uab) der Regionen der Gemeinschaft zugrundegelegt (Ausnahme: Wanderungssalden für die Bundesrepublik lagen nur auf Ebene 1 vor). Nach dieser Systematik wird die Bundesrepublik in 34 (Ebene 1: 11) Regionen eingeteilt, Frankreich in 21, Italien in 20, die Niederlande und das Vereinigte Königreich in 11 und Belgien in 9 Regionen. Die anderen Mitgliedsstaaten sind auf dieser Ebene der Gemeinschaftsregionen entweder nicht untergliedert oder es lagen keine entsprechenden Angaben vor. - [b] Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Einwohner. - [c] Minimax-Relation: die höchste dividiert durch die niedrigste regionale Kennziffer. - [d] 1972.

Quelle: OECD, Labour Force Statistics, Paris 1977. OECD, National Accounts, Paris 1977. - Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG), Regionalstatistik, Luxemburg 1977. - Eigene Berechnungen.

Irland (22,8 vH), am Ende das Vereinigte Königreich mit weniger als 3,0 vH. Große interregionale Disparitäten bestehen innerhalb Italiens, wo in Molise - der nach Kalabrien ärmsten Region - der Agraranteil (39,1 vH) fast zehnmal höher ist als in anderen Landesteilen (Lombardei: 4,0 vH).

Arbeitslosigkeit:
Die meisten Länder der "alten" EG liegen hier dicht beisammen, die Arbeitslosenquoten bewegen sich um vier Prozent - ein Wert, der für einige Staaten etwas optimistisch erscheint. Deutliche Ausreißer bilden lediglich Luxembur (0,3 vH) und, bezogen auf die Gemeinschaft der Neun, Irland mit einer Quote von 8,0 vH. In Italien treten wieder starke regionale Unterschiede auf; die Extrempositionen werden - wie bei den Einkommenskennziffern - von Kalabrien (8,0 vH) und von der Lombardei (1,7 vH) besetzt.

Wanderungen:
Das EG-interne Gefälle in den Einkommens- und Beschäftigungschancen, das sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene besteht, spiegelt sich wider in einem lang anhaltenden Abwanderungsstrom aus den wirtschaftsschwachen, zumeist peripher gelegenen Räumen der Gemeinschaft. Nimmt man drei Fünfjahresperioden zwischen 1955 und 1970, so weisen - aus dem Kreis der EG der Neun - Irland und Italien über den Gesamtzeitraum ein Wanderungsdefizit auf. An dieser "Abstimmung per Fuß" sind im Extremfall - in Irland im Jahresdurchschnitt von 1955 bis 1959 - bis zu 1,5 vH der Wohnbevölkerung beteiligt[1].

[1] Diese Angaben stützen sich auf: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft (SAEG), Regionalstatistik 1975, Luxemburg 1977.

Nach 1972, als auch in den Zuwanderungsgebieten Beschäftigungsprobleme auftreten, lassen die zwischenstaatlichen Wanderungen innerhalb der EG deutlich nach, die aktuellen Zahlen (für den Zeitraum von 1970 bis 1974) weisen für Italien und Irland sogar Wanderungsgewinne aus. Die hohen Wanderungsdefizite einzelner italienischer Regionen bestehen allerdings fort, Basilicata verliert im Jahresdurchschnitt über ein Prozent seiner Bevölkerung, gefolgt von Kalabrien mit 0,9 vH.

- Überlegungen zum Gang der Untersuchung

4. Unausgeglichene interregionale Wanderungsbilanzen sind einerseits ein Indikator für bestehende räumliche Wohlstandsunterschiede, andererseits können sie selbst wieder auf diese Unterschiede einwirken. In welcher Richtung dies erfolgt, ob Wanderungen zum Abbau oder zur Verschärfung räumlicher Disparitäten beitragen (oder ob sich verschiedene Einflußfaktoren gegenseitig aufheben), hängt davon ab, wie die Wanderungsströme zusammengesetzt sind und welche Folgereaktionen sie in den beteiligten Regionen hervorrufen[1].

[1] Akzeptiert man zentrale Annahmen gängiger (neo-)klassischer Modelle (keine Externalitäten oder Skaleneffekte, Homogenität der Faktoren, vollkommene Mobilität und vollständige Information), so kann man erwarten, daß Wanderungen zu einem Abbau räumlicher Einkommens- oder Wohlstandsunterschiede beitragen. Im Gegensatz dazu stehen die Folgerungen, die man aus zirkulären Wachstumsmodellen ziehen kann, in denen sich einerseits über "economies of scale" oder "agglomeration economies", die in den Zuwanderungsregionen wirksam werden, kumulative Expansionsprozesse einstellen, während andererseits die Emigrationsgebiete, in denen Wanderungen (unter anderem) zu einer qualitativen Erosion des Arbeitskräftepotentials führen, immer weiter hinter den Wachstums- und Immigrationszentren zurückbleiben. (Vgl. dazu z.B. H.W. Richardson, Regional Growth Theory, London und Basingstone 1977, S. 22 ff).

Im folgenden Kapitel wird ein kurzer Überblick über die zwischenstaatlichen Wanderungen innerhalb der EG gegeben, zu denen es in den letzten beiden Jahrzehnten kam. Mit der Bundesrepublik und Italien stehen dabei die Länder im Vordergrund, zwischen denen diese Wanderungen überwiegend abgewickelt wurden. Daran anschließend wird gezeigt, wie sich parallel zu den innereuropäischen Wanderungsbewegungen die Wohlstandsunterschiede entwickelt haben, die zwischen Ländern und Regionen der EG bestehen. Als Wohlstandsmaß werden die jeweiligen Pro-Kopf-Einkommen herangezogen.

Pro-Kopf-Einkommen wurden deshalb gewählt, weil sie auch - als gebräuchlichstes eindimensionales Wohlstandsmaß - in der politischen Diskussion eine wichtige Rolle spielen. In den Pro-Kopf-Einkommen kumulieren sich zudem die Einflüsse zahlreicher anderer Kennziffern - wie Arbeitslosigkeit, Erwerbsbeteiligung, Wirtschaftsstruktur -, die ebenfalls häufig genannt werden, um das Entwicklungsniveau, die Wohlfahrt oder die Leistungsfähigkeit von Nationen oder Regionen zu beschreiben.

Auffallend sind die zeitlichen Übereinstimmungen, die sich zeigen, wenn man beide Zeitreihen - für die Wanderungsbewegungen einerseits und für die Entwicklung der räumlichen Einkommensverteilung andererseits - vergleicht: in Phasen starker Bevölkerungsverschiebungen haben zumeist auch die Einkommensdisparitäten deutlich abgenommen. Im dritten Kapitel wird darauf näher eingegangen. Verschiedene Hypothesen, die sich auf Zusammenhänge zwischen Wanderungen und regionalem (Pro-Kopf-)Einkommenswachstum beziehen, sollen anhand des vorliegenden Datenmaterials überprüft werden. Dabei wird vor allem auf die kurzfristigen Einkommens- und Produktivitätseffekte abgestellt, die sich vermutlich auch in den Zeitreihen über die Entwicklung der räumlichen Einkommensverteilung niedergeschlagen haben.

II. Ein Überblick über die räumliche Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft seit ihrer Gründung

II.1. Bevölkerungsentwicklung und Außenwanderungen

- Die Ausgangslage

5. Unter den im EG-Vertrag festgeschriebenen ökonomischen Freiheitsrechten - freier Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, freies Niederlassungsrecht und Freizügigkeit der Arbeitskräfte - wurde die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, verankert in den Artikeln 48 und 49, als erstes voll verwirklicht. Nach den bilateralen Abkommen, die in den fünfziger Jahren geschlossen worden waren - wie etwa das Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik und Italien (1955) -, wurden die Arbeitskräftewanderungen auf EG-Ebene seit 1961 etappenweise liberalisiert, bis schließlich 1968 die volle Freizügigkeit hergestellt wurde[1].

Die zeitliche Priorität, mit der dieses Freiheitsrecht verwirklicht wurde, hatte seinen realen Hintergrund in der Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung, die sich in den EG-Ländern - insbesondere in der Bundesrepublik und Italien - gegen Ende der fünfziger Jahre abzeichnete. Während sich die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik der Einprozentschwelle näherte, lag sie in Italien - dem "Spitzenreiter" unter den Mitgliedstaaten - bei 6 vH[2]. In der Bundesrepublik waren die Flüchtlinge, die vor dem

---

[1] Vgl. R. Lohrmann, Die Tätigkeit internationaler Organisationen auf dem Gebiet der Arbeitskräftewanderung. In: Ausländerbeschäftigung und internationale Politik, Münschen 1974, S. 354 ff.

[2] Vgl. Tabelle 3* im Anhang.

Bau der Berliner Mauer (1961) zuströmten, vom Arbeitsmarkt weitgehend absorbiert worden. Es begann eine Phase der Vollbeschäftigung, wobei schließlich der Zuwachs an inländischen Erwerbspersonen nicht mehr ausreichte, um den Arbeitskräftebedarf einer schnell wachsenden Wirtschaft zu befriedigen. Ein umgekehrtes Bild dagegen in Italien: Schon seit Jahrzehnten gelang es dort nicht, einer rasch wachsenden Bevölkerung genügend Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen; Außenwanderungen - in europäische Nachbarländer und nach Übersee - waren das traditionelle Ventil, durch das der Bevölkerungsdruck gemildert wurde[1].

- Einzelne Entwicklungsphasen in den Außenwanderungen Italiens und der Bundesrepublik

6. In den Außenwanderungen Italiens und der Bundesrepublik kann man nach 1955 vier Entwicklungsphasen unterscheiden (bis 1960/61, 1961-67, 1967-73, nach 1973). Im folgenden sollen sie kurz dargestellt werden.

Die Jahre vor 1960/61:
Die gegenseitigen Wanderungsverflechtungen sind verhältnismäßig unbedeutend.
In der Bundesrepublik dominiert bis zum Bau der Berliner Mauer eindeutig der Flüchtlingszustrom aus den Ostgebieten. Von über 560.000 Personen, die im Jahresdurchschnitt zwischen 1956 und 1960 in die Bundesrepublik eingewandert sind, entfallen zwischen 72 vH (1956) und 38 vH (1960)

[1] Einen Überblick über die historische Entwicklung der Außenwanderungen Italiens nach Bestimmungsländern (ab 1876) bzw. Herkunftsländern (ab 1905) gibt die Zusammenstellung in ISTAT, Annuario di Statistiche Demografiche, Roma, lfd. Jgg.

auf Ost-West-Wanderungen[1]. Allein aufgrund dieses Wanderungsgewinns nimmt die Bevölkerung in diesem Zeitraum jährlich um 0,7 vH zu, eine Rate, die in keiner späteren Fünfjahresperiode mehr erreicht wird[2].
Für Italien sind dagegen, legt man die jährlichen Abwanderungen zugrunde, Frankreich und die Schweiz die wichtigsten Wanderungspartner. Die Bundesrepublik spielt bis 1959 nur eine unbedeutende Rolle, ihr Anteil an den Außenwanderungen beläuft sich 1959 auf 10,5 vH (1958: 4,1 vH)[3].

Die Phase der Neuorientierung nach 1960:
1960 hat sich die Bundesrepublik - folgt man der italienischen Statistik[4] - mit 100.500 Abwanderungen (26,2 vH) hinter die Schweiz (33,4 vH) an die zweite Stelle in der Rangfolge der Wanderungsziele Italiens geschoben. Sie hält diese Position bis 1975. Die Erschließung des neuen Arbeitsmarktes läßt nach 1959 nicht nur die Abwanderungen aus Italien deutlich ansteigen, sondern in den Anfangsjahren (1960-62) auch die (negativen) Wanderungssalden, da zunächst noch keine starken Rückwanderungen anfallen. In der Bundesrepublik führt der Bevölkerungszustrom aus dem Süden dazu, daß die Zuwanderungen auch nach dem Bau der Mauer nicht zurückgehen. Sie liegen in der Fünfjahresperiode 1961/65 um fast 30 vH über der Vorperiode. Allerdings nimmt der Bevölkerungsgewinn, der aus den Außenwanderungen resultiert, allmählich ab: anders als den Ost-West-Wanderungen stehen den Süd-Nord-Wanderungen, nachdem die erste Zuwanderungswelle abgeebbt ist, erhebliche Rückströme gegenüber.

---

[1] Vgl. Tabelle 5 * im Anhang.
[2] Vgl. Tabelle 2, S. 12.
[3] Vgl. Tabelle 6 * im Anhang.
[4] Vgl. dazu die Anmerkungen in Fußnote 1 auf S. 32.

Tabelle 2 - Die Bevölkerungsentwicklung in Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft zwischen 1955 und 1975

Land	Wohnbevölkerung		Bevölkerungswachstum[a]	Bevölkerungsentwicklung in Teilperioden[a]							
				Natürliche Bevölkerungsbewegung				Wanderungssaldo			
	1.1.1955	1.1.1975	1955-1975	1955 - 59	1960 - 64	1965 - 69	1970 - 74	1955 - 59	1960 - 64	1965 - 69	1970 - 74
	(1 000)		(vH)	(in vH der Wohnbevölkerung)							
Bundesrepublik Deutschland	52 127	61 992	0,9	0,5	0,7	0,5	-0,0	0,7	0,4	0,2	0,5
Frankreich	43 228	52 610	1,0	0,7	0,7	0,6	0,6	0,4	0,7	0,2	0,2
Italien	48 477	55 646	0,7	0,9	1,0	0,9	0,7	-0,2	-0,2	-0,2	0,1
Niederlande	10 680	13 599	1,2	1,4	1,3	1,1	0,8	-0,0	0,1	0,1	0,2
Belgien	8 779	9 788	0,5	0,5	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2
Luxemburg	304	357	0,8	0,4	0,4	0,3	-0,0	0,2	0,7	0,3	1,2
Vereinigtes Königreich	51 114	56 050	0,5	0,5	0,7	0,6	0,3	0,0	0,0	-0,1	-0,1
Dänemark	4 423	5 054	0,7	0,8	0,8	0,7	0,5	-0,1	0,0	-0,0	0,1
Irland	2 931	3 109	0,3	0,9	1,0	1,0	1,2	-1,5	-0,8	-0,6	0,1
EUR 9	222 064	258 205	0,8	0,7	0,8	0,7	0,4	0,1	0,1	0,0	0,2

[a]Durchschnittliche jährliche Veränderungsraten

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Regionalstatistik 1975, Luxemburg 1976. - Eigene Berechnungen.

Die Phase zwischen 1967 und 1973:
Während der Rezession von 1966/67 gehen in der Bundesrepublik die Einwanderungen plötzlich zurück. Es kommt sogar erstmals zu einer Umkehrung: 1967 wechselt der Saldo der Außenwanderungen das Vorzeichen. Bereits in den Folgejahren setzt jedoch eine erneute "Gastarbeiter-Invasion" ein. Sie erreicht 1969/70 ihren Höhepunkt und läßt in beiden Jahren die Wanderungsgewinne in Größenordnungen (jeweils 570.000 Personen) vordringen, wie in keinem anderen Jahr des Untersuchungszeitraumes.
Die Jahre 1966/67 stellen jedoch auch in anderer Hinsicht eine Zäsur dar: die Herkunftsländer der Einwanderer wechseln. Während bisher eindeutig Italien das stärkste Wanderungskontingent stellt, rücken nun andere

Bibliothek des Instituts
für Weltwirtschaft Kiel

Staaten, zunächst (1969/70) Jugoslawien und später (1972/73) die Türkei, in den Vordergrund. In Italien läßt die Umorientierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt die (negativen) Wanderungssalden deutlich zurückgehen.

Die Jahre nach dem Anwerbestopp:
Nach 1973 setzt eine deutliche Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein, die auch auf die Wanderungsbilanzen durchschlägt.
Die fünfziger und sechziger Jahre waren in den meisten westlichen Ländern durch ein schnelles Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Konjunkturelle Krisen, die zumeist auf einzelne Länder beschränkt blieben, konnten relativ leicht überwunden werden, wie etwa 1966/67 in der Bundesrepublik. Durch eine Beschäftigungspolitik, die stark auf die Geldillusion der Wirtschaftssubjekte vertraute, war jedoch in vielen Industrieländern ein erhebliches Inflationspotential entstanden. Die Entwicklung mündete schließlich in die Währungskrisen von 1973 ein, die - verstärkt durch den Ölpreisschock dieses Jahres - fast überall zu heftigen wirtschaftlichen Erschütterungen und Beschäftigungsproblemen führten. Auch die Bundesrepublik wird davon betroffen. Hier wird 1973 - auf dem Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung[1] - die Anwerbung für die Mittelmeerländer eingestellt.
Erste Folgen zeigen sich in den Wanderungszahlen der Jahre 1974 und 1975: Waren allein 1973 netto noch über 380.000 Personen zugezogen, so ergab sich für 1974 ein Nettoverlust von knapp 10.000, 1975 von annähernd 200.000 Personen.
Auch in der italienischen Wanderungsbilanz schlägt sich der scharfe Konjunktureinbruch nieder, durch den sich die Beschäftigungsaussichten in den Immigrationsländern plötzlich verschlechtert hatten. Das "klassische" Emigrationsland kann nun erstmals einen (kleinen) Zuwanderungsüberschuß verzeichnen.

---

[1] 1973 befanden sich annähernd 2,6 Millionen ausländische Arbeitskräfte in der Bundesrepublik (nach K. Höpfner, Ökonomische Alternativen zur Ausländerbeschäftigung, Göttingen 1975, S. 1).

II.2. Die Entwicklung der regionalen Einkommensverteilung

- Überlegungen zum Meßverfahren

7. Parallel zu den innereuropäischen Wanderungen, die hier dargestellt wurden, hat sich die Einkommensverteilung zwischen den Ländern und Regionen der Gemeinschaft verändert. Um diese Entwicklung nachzuzeichnen, wurden (mit Bevölkerungsanteilen) gewichtete Variationskoeffizienten für die (regionalen oder nationalen) Pro-Kopf-Einkommen berechnet.

Die Einkommensdisparitäten zwischen Ländern (internationale Disparitäten) und zwischen Regionen innerhalb einzelner Mitgliedsstaaten (interregionale Disparitäten) werden in diesem Abschnitt getrennt dargestellt. Gegen ein (länderübergreifendes) Zusammenfassen aller 52 (Ebene 1) oder 111 (Ebene 2) EG-Regionen sprach zum einen die unbefriedigende Datenlage[1], zum anderen dürfte diese doppelte Berechnung auch besser dem Bezugssystem

---

[1] Das statistische Amt der Gemeinschaft hat bisher nur für wenige Jahre (1970-72) Einkommensangaben nach einheitlichen Konzepten für die Gemeinschaftsregionen vorgelegt. Hilfsweise kann man zwar auf Statistiken der nationalen Behörden zurückgreifen, starke Unterschiede in den Meßkonzepten sprechen aber gegen eine Zusammenfassung dieser Angaben.
Außerdem kann man auf europäischer Ebene noch weniger als auf nationaler Ebene davon ausgehen, daß die einzelnen Regionen nach einheitlichen (ökonomischen) Kriterien abgegrenzt wurden. Ergebnisse, die man hier erhalten würde, wären noch stärker durch "Zerschneidungseffekte" beeinträchtigt als Rechnungen für einzelne Länder. ("Zerschneidungseffekte" führen zumeist dazu, daß man interregionale Disparitäten überschätzt. Sie treten dann auf, wenn wirtschaftlich zusammengehörende Funktionsräume zertrennt und unterschiedlichen administrativen Raumeinheiten zugerechnet werden. (Vgl. dazu auch die Anmerkungen in Fußnote 1 auf S. 25)).
Eine kritische Auseinandersetzung mit der regionalen Einteilung innerhalb der EG findet sich bei P.M. Schulz, Einige Bemerkungen zu den regionalstatistischen Einheiten der Europäischen Gemeinschaften. "Statistische Hefte", Vol. 16 (1975) Heft 1, S. 57 ff. und bei C. Gee, P. Treuner, Zur Datenlage für eine europäische Raumordnungspolitik. "Raumforschung und Raumordnung", Heft 3 (1976) S. 115 ff.

entsprechen, das die Bevölkerung in einzelnen Regionen zugrundelegt. Einwohner in Kalabrien sind sich wahrscheinlich eher des Rückstands bewußt, den ihre Region gegenüber Piemont oder der Lombardei aufweist - und der Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und Italien - aber weniger des Gefälles, das gegenüber ausgewählten Hocheinkommenszentren in Partnerländern besteht.

Variationskoeffizienten wurden als Verteilungsmaß gewählt, weil sie gegenüber einfacheren Meßziffern wie Minimax-Relationen den Vorteil bieten, daß sie die Gesamtheit der Unterschiede - jede Region gegenüber allen anderen - abbilden können. Die Gewichtung mit Bevölkerungsanteilen sorgt außerdem dafür, daß die unterschiedliche Bedeutung (Größe) einzelner Regionen berücksichtigt wird[1].

- Die Veränderung der Einkommensunterschiede zwischen den Mitgliedsländern

8. Um die internationalen Einkommens- oder Wohlfahrtsdisparitäten innerhalb der EG aufzuzeigen, wurden zwei verschiedene Einkommenskonzepte herangezogen: das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen und das verfügbare Nettovolkseinkommen. Die vorliegenden Kennziffern wurden auf die inländische Wohnbevölkerung des jeweiligen Jahres bezogen, sie wurden jedoch zu unterschiedlichen Kursen umgerechnet: das Bruttoinlandsprodukt (zu aktuellen oder konstanten) Wechselkursen, die verfügbaren Einkommen zu Verbrauchergeldparitäten (nach deutschem Verbrauchsschema).

---

[1] Formal ist ein gewichteter Variationskoeffizient wie folgt aufgebaut:

$$V_g = \frac{1}{\bar{y}} \cdot \sqrt{\frac{\Sigma g_i \cdot (y_i - \bar{y})^2}{\Sigma g_i}} \qquad \text{wobei} \qquad \bar{y} = \frac{\Sigma g_i \cdot y_i}{\Sigma g_i}$$

Mit g_i = Bevölkerung und
y_i = Pro-Kopf-Einkommen der Region i.

Hinter diesen divergierenden Konzepten und Umrechnungsschemata stehen teilweise unterschiedliche ökonomische Tatbestände. In das Bruttoinlandsprodukt geht direkt der Wert der in einem Wirtschaftsraum erzeugten Güter und Leistungen ein, in ihm spiegelt sich die ökonomische Leistungsfähigkeit einer Region wider. Dagegen kann man im verfügbaren Einkommen eher eine Kennziffer sehen, die für das Wohlstands- oder Versorgungsniveau innerhalb eines Wirtschaftsraumes steht. Sie umfaßt die Einkommen, die einer Region letztlich verbleiben, wenn das Produktionspotential auf seinen alten Stand (zu Beginn der Periode) gebracht ist und das staatliche Umverteilungssystem - über Steuern, Abgaben einerseits und Unterstützungsleistungen an Unternehmen oder Personen andererseits - gewirkt hat.

Analog zu dieser Unterscheidung wurde auch die Wahl der Umrechnungsschlüssel vorgenommen: Das Bruttoinlandsprodukt wurde umgerechnet zu den Kursen, zu denen auch der internationale Handel abgewickelt wird - zu den offiziellen Wechselkursen. Neben den laufenden Kursen, die etwa unter Wettbewerbsaspekten allein relevant sein dürften, wurde auch eine Variante mit konstanten Wechselkursen (und konstanten Preisen) gerechnet. Die verfügbaren Einkommen, die dem potentiellen Nachfragevolumen in einer Region entsprechen, wurden dagegen im Verhältnis der Kaufkraft umgerechnet, die jeweils hinter dieser Nachfrage steht.

9. Mehrere Varianten, die gerechnet wurden, zeigen das folgende Entwicklungsmuster[1]:

- zwischen 1956 und 1967 ein Trend zum Abbau der Einkommensunterschiede (Nivellierungsphase),
- anschließend (bis 1971) nur geringfügige Veränderungen,
- nach 1971 ein deutlicher Anstieg der Disparitäten, die - für das Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Preisen und Kursen - schließlich fast wieder das ursprüngliche Ausmaß (von 1956) annehmen.

Diese drei Phasen zeichnen sich sowohl in den Rechnungen für die alte, als auch für die erweiterte Gemeinschaft ab.

Konjunkturelle Schwankungen in einzelnen Ländern spielen anscheinend eher eine untergeordnete Rolle. Als Ausnahme kann man vielleicht die "Taille" gelten lassen, die man 1967 erkennen kann, wenn man die auf den EG-Durchschnitt normierten Einkommensreihen für Deutschland und Italien verfolgt[2]. Diese beiden Länder, deren relative Position wegen ihres hohen (Bevölkerungs-) Gewichtes einen starken Einfluß auf das gewählte Streuungsmaß hat, befinden sich hier konjunkturell in entgegengerichteten Positionen: die Bundesrepublik, das reichere Land, am Tiefpunkt der bis dahin schwersten Rezession, Italien dagegen auf dem Höhepunkt eines ausgeprägten Booms.

---

[1] Vgl. die Spalten A,B und E1 in Tabelle 3.

[2] Vgl. Schaubild 1.

Tabelle 3 - Die Entwicklung der regionalen Einkommensverteilung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (auf Ebene der Mitgliedsstaaten)

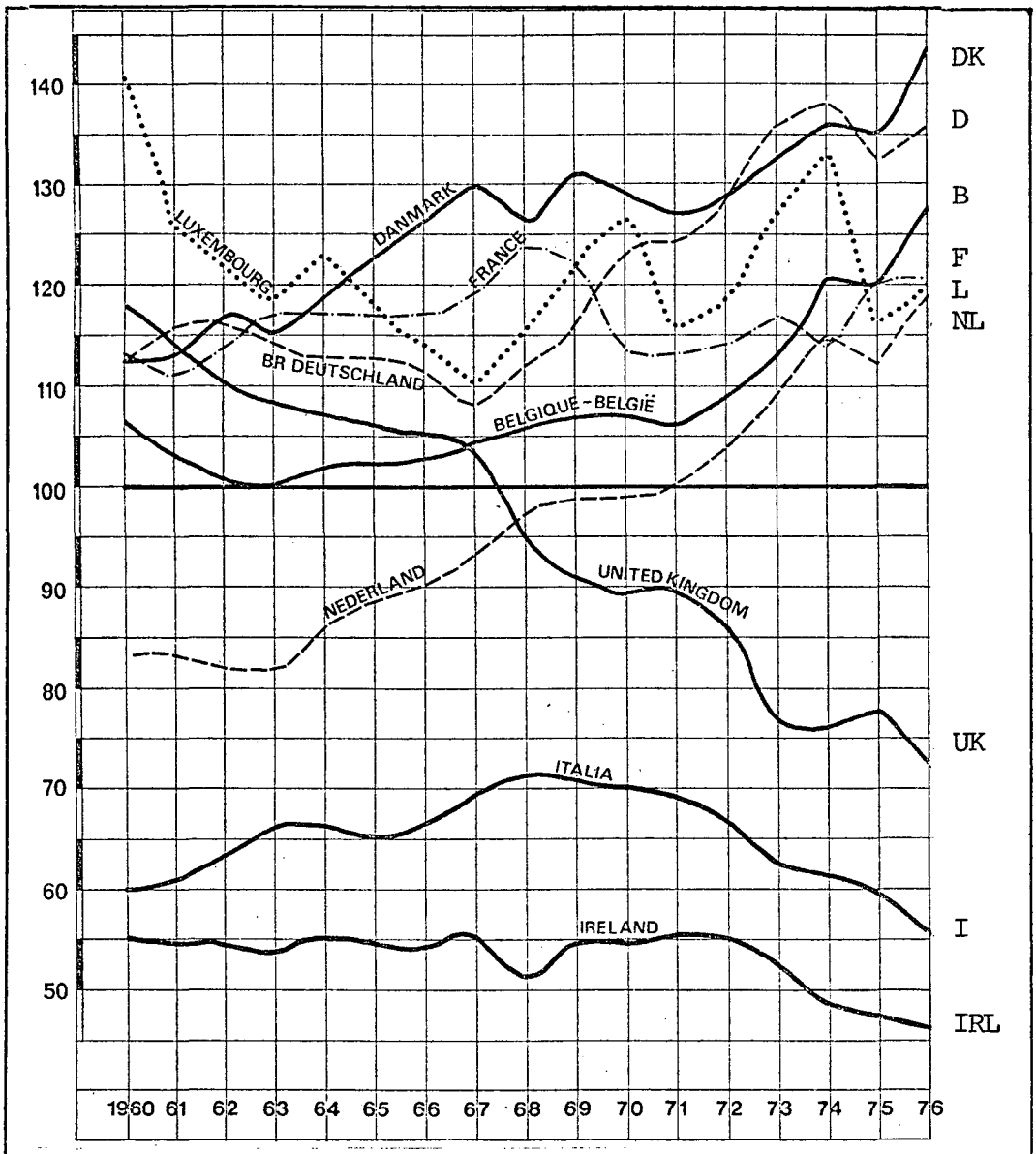
Gewichtete Variationskoeffizienten für das Bruttoinlandsprodukt und das verfügbare Nettovolkseinkommen je Einwohner in den Staaten der EG von 1956 bis 1975

Jahr	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Einwohner				Verfügbares Nettovolkseinkommen je Einwohner		
	jeweilige Preise und Wechselkurse V_g (vH)		Preise und Wechselkurse von 1970 V_g (vH)		jeweilige Preise und Verbrauchergeldparitäten[a] V_g (vH)		
	EUR 6 A	EUR 9 B	EUR 6 C	EUR 9 D	EUR 6 E1	EUR 6 E2	EUR 9[b] F
1956	30,71	27,34	24,46	22,24	-		-
1957	29,53	26,51	24,43	22,05	-		-
1958	28,17	25,45	23,73	21,42	-		-
1959	25,02	23,63	23,78	21,35	-		-
1960	25,23	23,26	24,18	21,62	27,60		26,63
1961	25,12	22,78	23,21	20,82	27,28[c]		24,70[c]
1962	24,37	21,80	22,28	20,45	26,52		23,92
1963	22,49	20,22	21,89	19,53	25,29		22,88
1964	22,45	20,15	23,04	20,60	26,33		23,80
1965	22,49	20,24	23,66	21,07	26,54		23,92
1966	22,11	20,03	22,66	21,98	25,53		23,02
1967	20,63	18,86	20,66	18,84	24,38[d]	22,19[c]	20,32[c]
1968	20,79	19,73	20,56	19,09	24,56	22,20	20,06
1969	20,62	20,04	21,12	20,41	24,48	22,27	20,27
1970	21,31	20,88	21,31	20,88	25,00	22,83	20,74
1971	21,86	21,04	21,83	21,32	24,77	22,68	20,79
1972	23,48	23,28	22,22	21,88	25,25	17,84[c]	16,86[c]
1973	27,32	28,98	21,76	21,26	25,56	17,90	16,84
1974	27,98	29,70	21,08	21,07	25,85	18,44	17,43
1975	28,03	29,25	22,13	21,87	26,76	19,45	18,10

[a]Nach deutschem Verbrauchsschema - [b] Für Irland wurden die Paritäten von Großbritannien und Nordirland zugrundegelegt - [c]Neuberechnung der Verbrauchergeldparitäten: 1961 für die Niederlande, Großbritannien und Nordirland, 1967 für Italien und die Niederlande, 1972 für Frankreich, Italien, Belgien und Luxemburg - [d]Fortschreibung auf der Basis des "alten" Berechnungsverfahrens (wie zwischen 1961 und 1966).

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Volkswirtschaftliche Gesamtgrößen ESVG, Luxemburg lfd. Jgg. - Statistisches Bundesamt, Fachserie M, Reihe 10, Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, Wiesbaden 1976. - Eigene Berechnungen.

Schaubild 1 - Die Einkommensentwicklung[a] in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft zwischen 1960 und 1976



[a] Indices des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen je Einwohner in laufenden Preisen und Wechselkursen (EUR 9 = 100).

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Zweiter Jahresbericht (1976), Brüssel-Luxemburg 1977.

10. Unter den vorgenommenen Rechnungen befinden sich auch einige "Ausreißer", Varianten, die nicht in das skizzierte Entwicklungsmuster passen. Dazu gehören einerseits die Rechnungen, die für das Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen und Kursen durchgeführt wurden (Tabelle 3, Spalte C und D) sowie andererseits eine Version, die für das verfügbare Nettovolkseinkommen gerechnet wurde (Spalte E2). Hier nimmt - wenn man zu den jeweiligen Verbrauchergeldparitäten (auch nach Neuberechnungen) umrechnet - die Einkommensstreuung bis zu einem Tiefpunkt 1972 ab und steigt anschließend wieder etwas an. Auffallend sind vor allem die Entwicklungssprünge, die man immer dann feststellen kann, wenn die Kaufkraftparitäten neu ermittelt wurden (1960/61, 1966/67 und 1971/72).

Was den ersten Fall anbetrifft, die Rechnung zu konstanten Preisen und Kursen, so kann man bezweifeln, ob dadurch die effektive Versorgungslage oder Leistungsfähigkeit einer Region adäquat berücksichtigt wird. Beiden Gesichtspunkten, dem Wohlfahrts- und dem Wettbewerbsaspekt, dürfte wohl eher eine Rechnung in jeweiligen Preisen und Kursen entsprechen.

Was den zweiten "Ausreißer" anbetrifft, so scheint dieses Ergebnis durch das spezifische Vorgehen beeinflußt zu sein, nach dem die Kaufkraftparitäten neu berechnet wurden. Dabei wurde in einigen Fällen der zugrundeliegende Warenkorb den aktuellen (deutschen) Verbrauchsgewohnheiten angeglichen, teilweise wurden auch Wohnungsmieten, die zuvor enthalten waren, nicht mehr berücksichtigt[1] und

[1] Bei Italien und den Niederlanden ab 1967, bei Frankreich, Belgien und Luxemburg ab 1972.

teilweise wurden - ohne jede Änderung des Warenkorbes - lediglich die Preise in den beteiligten Ländern neu erhoben[1].

Einfach zu interpretieren sind die "Sprünge", die sich dann zeigen, wenn der Warenkorb neu zusammengestellt wird. Die Anpassung an die laufenden Preis- und Strukturänderungen, die bei flexiblen Kursen kontinuierlich ("automatisch") erfolgt, wird hier etappenweise nachgeholt. Sie schlägt dann jeweils auf die Streuung der Kennziffer durch, die mit diesen ("sprungfixen") Kursen umgerechnet wurde. Nur schwer läßt sich dagegen abschätzen, wie stark sich die Herausnahme der Wohnungsmieten auswirkt[2]. Deshalb wurde ergänzend eine Variante gerechnet, bei der die "alten" Warenkörbe fortgeschrieben wurden. Der Verlauf der entsprechenden Zeitreihe (E^1) stimmt weitgehend mit dem Muster überein, das sich bei den Bruttoinlandsproduktwerten (zu laufenden Preisen und Kursen) bereits gezeigt hat: Nivellierung bis 1967, geringfügige Änderungen bis 1971, anschließend ein deutlicheres Anwachsen der Disparitäten.

11. Einige Sprünge - beispielsweise 1958/59 und 1972/73 - gibt es auch in den (zentralen) Reihen, die für die laufenden Bruttoinlandsproduktwerte berechnet wurden (Spalten A und B). Dafür verantwortlich dürften vor allem die WEchselkursanpassungen sein, die im etablierten Fixkurssystem vorgenommen wurden. Ein flexibleres System, und damit eine laufende Korrektur der Paritäten, hätte hier wohl dämpfend gewirkt.

---

[1] Zwischen den Neuberechnungen werden die Verbrauchergeldparitäten auf der Basis der jeweiligen nationalen Verbrauchergeldindices fortgeschrieben (persönliche Information des Statistischen Bundesamtes).

[2] Entsprechende Untersuchungen wurden (nach persönlicher Auskunft) vom Statistischen Bundesamt nicht vorgenommen.

Fraglich bleibt jedoch, ob es einen eindeutigen Zusammenhang gibt zwischen den währungspolitischen Rahmenbedingungen der 60er Jahre und der generellen Nivellierungstendenz, die man damals in den Pro-Kopf-Einkommen beobachten konnte. Einerseits dürfte die zunehmende Unterbewertung der D-Mark, die sich hier aufbaute, in der Bundesrepublik ein schnelles, exportorientiertes Wachstum begünstigt haben. Andererseits kann diese Unterbewertung dazu verleiten, das Einkommensniveau, das bis Ende des letzten Jahrzehnts erreicht wurde, gegenüber den Partnerländern zu unterschätzen. Diese Gefahr besteht kaum mehr für die Jahre nach 1973: Rapide Aufwertungen der D-Mark und anderer Währungen des D-Mark-Blocks haben zu einem starken Anstieg der Einkommensunterschiede - so wie sie hier gemessen werden - beigetragen. Inzwischen haben die Wechselkursverschiebungen ein Ausmaß erreicht, das eher dazu verleiten könnte, bestehende Disparitäten zu überschätzen.

- Ausmaß und Veränderungen der Disparitäten innerhalb einzelner EG-Länder

12. Die vorliegenden Kennziffern weisen für Italien und Frankreich besonders große, für Belgien, das Vereinigte Königreich und auch für die Bundesrepublik vergleichsweise geringe interregionale Einkommensunterschiede aus.

Bei diesem Vergleich sollte man allerdings berücksichtigen, daß sich sowohl die verwendeten Einkommenskonzepte unterscheiden als auch die Kriterien, nach denen die einzelnen Wirtschaftsräume regional untergliedert wurden[1]. Die für ein Land gemessenen regionalen Einkommensunterschiede werden im allgemeinen umso deutlicher ausfallen, je weniger die zugrundeliegende Einkommensziffer bereits staatliche - oder andere nivellierend wirkende - Umverteilungsaktivitäten widerspiegelt, je kleinräumiger die gewählte regionale Untergliederung ausfällt und je häufiger wirtschaftlich zusammengehörende Funktionsräume durch (politische)

---

[1] Abgesehen von diesen prinzipiellen Erwägungen erschweren noch einige andere Besonderheiten der jeweiligen nationalen Statistiken solche Vergleiche. So konnten beispielswiese für Italien Zeitreihen der regionalen Pro-Kopf-Einkommen nur aus Inlandsprodukt sowie der gesetzlich gemeldeten - und nicht der tatsächlich anwesenden - Wohnbevölkerung berechnet werden. Angaben über die tatsächlich Anwesenden liegen aus jüngerer Zeit nur für 1971 (Volkszählung) vor. Da die Differenz zwischen gemeldeter und anwesender Bevölkerung regional unterschiedlich ausfällt und ausgerechnet dort am höchsten ist, wo die geringsten Einkommen anfallen, im Süden (wegen der starken Abwanderung), werden Einkommensabstände (und Einkommensstreuung) in Italien überschätzt. Vergleichsrechnungen ergaben für 1971 folgendes Bild:

Einkommenskonzept		Vg (vH)
Bruttowertschöpfung	- je Kopf der gemeldeten Bevölkerung	25,47
	- je Kopf der anwesenden Bevölkerung	24,25

Quelle: G. Tagliacarne, Il reddito prodotto nelle province italiane 1951-1971, Milano 1973. - Eigene Berechnungen.

Tabelle 4

Die Entwicklung der regionalen Einkommensverteilung innerhalb einzelner Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft

Land	Bundesrepublik Deutschland	Niederlande	Italien	Belgien	Vereinigtes Königreich	Frankreich	Irland
Einkommens-konzept	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen		Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten			Direktes Einkommen der privaten Haushalte	Persönliches Einkommen
Zahl der Regionen[a]	11	11	20	9	11	21	9
Jahr	Gewichteter Variationskoeffizient (in vH) für das Regionalprodukt je Einwohner (in jeweiligen Preisen)						
1960	15,13	11,26	34,27	18,52	-	23,12[b]	17,26
1961	15,08	-	32,65	18,20	-	-	-
1962	14,85	-	32,60	19,05	-	21,78	-
1963	14,50	-	32,24	18,79[c]	-	21,09	-
1964	14,11	-	30,24	17,85	-	20,83	-
1965	14,05	11,84	28,02	17,74	-	19,93	18,11
1966	14,25	-	28,24	16,67	12,20	19,11	-
1967	15,63	-	26,90	16,96	12,20	18,63	-
1968	15,01	-	27,22	17,15	12,55	19,59	-
1969	14,46	-	26,35	15,29	12,26	19,84	18,39
1970	14,97	13,10	27,02	14,83	11,78	19,25	-
1971	13,77	-	25,11[d]	14,72	11,82[e]	20,96	-
1972	13,96	-	26,06	14,17	11,83	20,35	-
1973	13,77	13,48	25,37	13,35	11,47	19,31	-
1974	13,79	-	25,82	14,01	11,82[c]	-	-
1975	13,49	-	25,04	-	-	-	-
1976	13,15	-	-	-	-	-	-

[a] Die regionale Abgrenzung entspricht für die Bundesrepublik (Bundesländer) der Ebene 1 der EG-Regionen (Gemeinschaftsregionen), für die anderen Staaten - mit Ausnahme von Irland - der Ebene 2 der EG-Regionen (Grundverwaltungseinheiten). Für Irland, das im Rahmen der Systematik der Gebietseinheiten der EG nicht regional untergliedert ist, wurde auf der Basis der nationalen "Planning Regions" gerechnet.- [b] Berechnet aufgrund unsicherer Schätzungen.- [c] Die regionale Abgrenzung wurde gegenüber den Vorjahren geändert. - [d] Andere Datenquelle (bis 1970: EG-Regionalstatistik; danach: Bolletino Mensile di Statistica). - [e] Geändertes Schätzverfahren zur Regionalisierung der Einkommensdaten (Vergleich mit den Vorjahren wird dadurch beeinträchtigt).

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Regionalstatistik, Luxemburg, lfd. Jgg. - Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer, Wiesbaden, lfd. Jgg. - Central Bureau voor de Statistiek (cbs), Regionale Rekeningen 1960; dasselbe, Regional Statistisch Zakboek, 's-Gravenhage, div Jgg.- Istituto Centrale di Statistica, Bolletino Mensile di Statistica, Nov. 1976, Roma 1976. - Institut National de Statistique, Bulletin de Statistique, Bruxelles, lfd. Jgg.- Central Statistical Office, Economic Trends, Nov. 1976, London 1976. - INSEE, Serie R, Statistiques et indicateurs des régions françaises, Paris,lfd.Jgg.; sowie unveröffentlichtes Datenmaterial des INSEE. - Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Bericht über die regionalen Probleme in der erweiterten Gemeinschaft, Brüssel 1973. - Eigene Berechnungen.

Gebietsgrenzen zerschnitten werden ("Zerschneidungseffekt")[1].

Solche Einwände verlieren dann an Gewicht, wenn man die vorliegenden Zahlen nicht für Querschnittsvergleiche heranzieht, sondern ihre Entwicklung für einzelne Länder im Zeitablauf verfolgt. Dabei zeigen sich folgende Übereinstimmungen:

- In Italien und Frankreich nehmen die interregionalen Einkommensunterschiede zwischen 1960 und 1967 fast regelmäßig ab, danach läßt sich kein eindeutiger Trend mehr feststellen.

---

[1] Mit zunehmender Regionengröße nimmt beispielsweise die Bedeutung von grenzüberschreitenden Pendlerverflechtungen ab. Bei solchen Verflechtungen wird das Pro-Kopf- Einkommen der Einpendlerregion tendenziell zu hoch ausgewiesen, wenn man - wie hier - das Einkommen, das in einer Region erzielt wird, lediglich auf die einheimische Wohnbevölkerung bezieht und nicht auf die Gesamtbevölkerung (Wohnbevölkerung zuzüglich der Einpendler mit Angehörigen), auf die das Einkommen tatsächlich entfällt. Um solche Verzerrungen zu vermeiden, bietet es sich an, nicht die Wohn-, sondern die Wirtschaftsbevölkerung einer Region bei der Berechnung der Pro-Kopf-Einkommen zugrunde zu legen (die Wirtschaftsbevölkerung unterscheidet sich von der Wohnbevölkerung durch den Pendlersaldo, zusätzlich mit einem Faktor multipliziert, der der Personenzahl entspricht, die im Bundesdurchschnitt auf einen Erwerbstätigen entfällt). Entsprechende Angaben liegen jedoch weder für die Bundesrepublik noch für andere EG-Länder für den gesamten Untersuchungszeitraum zwischen 1960 und 1975 vor. Außerdem vermag bei diesem Verfahren die schematische Umrechnung des Pendlersaldos, bei der von durchschnittlichen Erwerbsquoten ausgegangen wird, nicht zu befriedigen.
Ein anderes Verfahren, um die geschilderten Verzerrungen auszuschalten, könnte darin bestehen, nicht vom Inlandsprodukt, sondern vom (auf die Wohnbevölkerung bezogenen) Sozialprodukt auszugehen. Sozialproduktwerte werden nach dem Inländerkonzept ermittelt; dies bedeutet, daß Einkommen nicht am Entstehungsort, sondern am Wohnort des Empfängers erfaßt werden. Für die meisten EG-Länder liegen entsprechende Zeitreihen auf regionaler Ebene jedoch nicht vor.
Außerdem hätte man selbst dann, wenn man bei der Wahl von Einkommenskonzept oder regionaler Untergliederung Pendlerverflechtungen stärker berücksichtigen würde, immer noch nicht das Gesamtgebiet erfaßt, für das eine ökonomische Kernregion - wie etwa Hamburg oder Brüssel - zentrale Funktionen übernimmt. (In Tabelle 1* im Anhang wird gezeigt, wie sich die Wahl von Einkommenskonzept und räumlicher Abgrenzung auf die Streuung der Pro-Kopf-Einkommen auswirken kann).

- In der Bundesrepublik und im Vereinigten Königreich haben sich die regionalen Disparitäten kaum verändert.
- Für die Niederlande und für Irland weisen die (wenigen) vorliegenden Streuungskennziffern auf ein geringfügiges Ansteigen des regionalen Einkommensgefälles im Zeitablauf hin.

Lediglich in einem der untersuchten Länder, in Belgien, haben sich die regionalen Einkommensunterschiede anscheinend über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg verringert.

13. Die Entwicklung in Frankreich und vor allem in Italien zeigt, daß es den Ländern, in denen besonders große interregionale Einkommensunterschiede bestanden, offensichtlich lange Zeit gelungen ist, diese Unterschiede deutlich abzubauen. Dabei kann man bemerkenswerte Parallelen zu den Wanderungsbewegungen innerhalb der Gemeinschaft erkennen: Als die Emigrationen aus Italien ihren Höhepunkt erreichten - in der ersten Hälfte der 60er Jahre - konnten die interregionalen Disparitäten dort am stärksten abgebaut werden. Dies gilt auch für die Einkommensunterschiede zwischen den Mitgliedsländern. Später (nach 1967), als die Wanderungsströme deutlich abflauten, haben sich dagegen weder auf regionaler Ebene in Italien[1] noch auf nationaler Ebene innerhalb der EG die Pro-Kopf-Einkommen weiter angeglichen. Eine neue Entwicklungsphase setzte dann 1971 ein: Die Bundesrepublik erschloß neue Arbeitsmärkte außerhalb der EG, die Zuwanderungen aus Italien verloren (quantitativ) stark an Bedeutung und die Einkommensunterschiede zwischen den Mitgliedsländern erreichten wieder Größenordnungen wie in den Anfangsjahren der Gemeinschaft.

[1] Wegen einer Umstellung in der Datenquelle können die regionalen Einkommensangaben in Italien, die für die Jahre nach 1970 vorliegen, nicht mit den Werten für die Vorjahre verglichen werden.

III. Zu den ökonomischen Wirkungen von Arbeitskräftewanderungen in den beteiligten Ländern

III.1. Mögliche Auswirkungen von Arbeitskräftewanderungen auf das Wachstum der regionalen Pro-Kopf-Einkommen

14. Die Faktorwanderungen innerhalb der EG haben anscheinend - zumindest auf kurze Sicht - dazu beigetragen, räumliche Einkommensdisparitäten abzubauen. Immer dann, wenn es zu starken Bevölkerungsverschiebungen kam, sind die internationalen und - zumindest in Italien - die interregionalen Einkommensunterschiede deutlich zurückgegangen. In diesem Abschnitt soll darauf näher eingegangen werden.

Bei optimistischer Betrachtung kann man in internationalen oder interregionalen Arbeitskräftewanderungen ein "positive sum game" sehen, einen Prozess, der Vorteile für alle Beteiligten verspricht oder bei dem zumindest die Gewinne, die an einer Stelle (Region) entstehen, nicht mit Verlusten anderswo erkauft werden[1]. Gemessen an den Pro-Kopf-Einkommen gehen von den Wanderungen insbesondere dann positive Impulse (auf mindestens eine der betroffenen Regionen) aus, wenn sie dazu beitragen, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen, den regionalen oder sektoralen Strukturwandel zu beschleunigen oder Ressourcen, die bisher brachlagen oder nur wenig genutzt wurden, besser einzusetzen.

---

[1] "When conditions are right .. large scale migration can contribute to the best of all economic worlds: rapid growth in the country of immigration, based on the unlimited supplies of labor, and rapid growth in the country of origin, where the elimination of labor contributes to more effective resource allocation". C.P. Kindleberger, Emigration and Economic Growth. "Banca Nazionale del Lavoro", Nr. 74 (1965) S. 235 ff.

So kann man für die Herkunftsländer erwarten, daß parallel zu den Wanderungen

- die Arbeitslosigkeit zurückgeht, daß
- produktivitätsschwache, personell überbesetzte Betriebe und Wirtschaftszweige schrumpfen, daß
- ein Wandel der internen Standortstruktur (und die passive Sanierung von "Problemregionen") eingeleitet wird und daß schließlich
- zusätzliche Kapitalströme - die Rücküberweisungen der Gastarbeiter - für Investitionen (möglicherweise in anderen Regionen oder Sektoren) bereitstehen.

Umgekehrt können sich die Bestimmungsländer von den Zuwanderungen versprechen, daß sie dazu beitragen,

- wachstumshemmende Engpässe auf dem Arbeitsmarkt aufzubrechen, die auf die Immobilität der Inländer zurückzu führen sind,
- Skaleneffekte und Agglomerationsvorteile schneller zu realisieren, als es sonst möglich wäre,
- Erziehungs- und Ausbildungskosten einzusparen, die andernfalls (bei einer Ausbildung im Zuwanderungsland) anfallen würden[1].

Die meisten genannten Effekte wirken sich sowohl auf die (statistisch ausgewiesenen) Pro-Kopf-Einkommen als auch auf die Produktivität oder die Versorgungslage - und somit auf das Wohlstandsniveau - der Bevölkerung aus. Daneben kann es allerdings auch wanderungsbegleitende (monetäre)

---

[1] Aus Sicht der Bundesrepublik könnte man zwar die Durchschnittsproduktivität und Humankapitalausstattung von Einwanderern aus Mittelmeerländern gering einschätzen - verglichen mit den inländischen Erwerbspersonen oder mit den Flüchtlingen, die aus dem Osten zuwanderten. Dabei wird aber übersehen, daß von diesem Bevölkerungszustrom auch indirekte Produktivitätseffekte ausgehen können: einheimische Arbeitskräfte, deren Potential bisher nicht voll ausgeschöpft wurde, lassen sich nun für anspruchsvollere Tätigkeiten einsetzen. Außerdem können Arbeitsplätze leichter besetzt werden, die aufgrund ihres geringen Sozialprestiges oder ihrer hohen körperlichen Anforderungen von Inländern gemieden werden.

Einkommenssteigerungen geben, die entweder zu keinen entsprechenden Wohlstandsgewinnen führen oder die sogar mit Einbußen bei anderen, nicht-monetären Einkommensbestandteilen erkauft werden.

Um ein rein statistisches Phänomen würde es sich etwa dann handeln, wenn die Pro-Kopf-Einkommen in der Zuwanderungsregion (bei konstanter Produktivität) nur deshalb ansteigen, weil der Erwerbspersonenanteil unter den Immigranten wesentlich höher als unter den Inländern ist. Dagegen wären solche Einkommensgewinne, die auf die weitere Expansion bestehender Ballungszentren zurückzuführen sind ("agglomeration economies") um die sozialen (Netto-) Kosten zu bereinigen, die hier voraussichtlich anfallen und die innerhalb des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht adäquat erfaßt werden.

15. Beurteilt man die Einkommensentwicklung in den beteiligten Regionen vor dem Hintergrund alternativer Wachstumspfade, so ergeben sich weitere Einwände. Auf längere Sicht kann man nicht nur bezweifeln, ob die Einkommensimpulse, mit denen hier argumentiert wurde, auch immer korrekt verbucht werden (im Sinne eines "Measure of Economic Welfare"), sondern auch, ob die positiven Wirkungen, die (kurzfristig) von Wanderungsbewegungen ausgehen (können), nicht gegen Verluste aufzurechnen sind, die sich erst in späteren Perioden einstellen.

So könnte es sich in den Emigrationsgebieten zeigen, daß durch den Export von Arbeitskräften einerseite zwar akute Beschäftigungs- oder Zahlungsbilanzprobleme abgemildert wurden, daß andererseits aber Entwicklungschancen nicht mehr voll aufgegriffen werden können, weil

- vor allem qualifizierte jüngere Arbeitskräfte abgewandert sind, weil
- die Kenntnisse und Fähigkeiten, die die Rückwanderer im

Ausland erworben haben, nur schwer in Regionen anzuwenden sind, die sich auf einem niedrigeren Entwicklungsniveau befinden, oder weil

- die Rücküberweisungen der Gastarbeiter überwiegend konsumiert und nicht investiert wurden (zumindest nicht in dem Ausmaß, wie es bei anderen Devisenzuflüssen - beispielsweise bei Exporterlösen - der Fall wäre).

Auch aus Sicht der Immigrationsgebiete wird man umso skeptischer urteilen, je länger der Zeithorizont ist, den man zugrundlegt. Dafür sprechen die folgenden Überlegungen:

- Durch die Zuwanderungen ändern sich die Knappheitsrelationen auf den Faktormärkten (ungelernte Arbeitskräfte sind relativ reichlicher vorhanden), was sich wahrscheinlich sowohl auf die Produktionsstruktur als auch auf die Richtung des technischen Fortschritts auswirkt. Produkte und Produktionsprozesse, die unter diesen Bedingungen entwickelt werden, dürften - weil nicht optimal auf die Ausstattung mit heimischen Faktoren zugeschnitten - geringere Einkommenszuwächse (pro Kopf der Inländer) ermöglichen als man es bei alternativen Entwicklungsmustern (ohne Immigrationen) erwarten könnte[1].

- Je stärker die Wanderungsströme sind und je länger sich die Immigranten im Bestimmungsland aufhalten, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Inländer über das System der öffentlichen Finanzen allmählich in eine Verliererposition geraten: durch Familienangehörige, die den Immigranten später nachfolgen, wird die öffentliche Infrastruktur (Schulen, Kindergärten) stark beansprucht, Sozialversicherungsansprüche werden häufiger geltend gemacht, Integrationsprobleme werden stärker spürbar (und

[1] Vgl. dazu V. Hiemenz, K.-W. Schatz, Internationale Arbeitsteilung als Alternative zur Ausländerbeschäftigung - der Fall der Bundesrepublik Deutschland. "Die Weltwirtschaft", Heft 1 (1977), S. 35 ff.

schlagen sich auch in öffentlichen Ausgaben nieder)[1].

16. Einerseits spricht zwar vieles dafür - folgt man der Argumentation dieses Abschnitts -, daß mit den innereuropäischen (Arbeitskräfte-)Wanderungen, die in den letzten zwanzig Jahren stattfanden, ein Schritt in Richtung auf "die beste aller ökonomischen Welten"[2] getan wurde. Dies gilt zumindest dann, wenn man an die kurzfristig möglichen Einkommens- und Produktivitätseffekte denkt. Auf der anderen Seite kann man aber bezweifeln, ob man mit diesem Schritt in einen (Entwicklungs-) Pfad eingebogen ist, der auch auf lange Sicht steiler verläuft (für Herkunfts- und Bestimmungsland) als jeder alternative Pfad, den man hätte realisieren können. Die kurzfristigen Einkommens- und Produktivitätsgewinne, die in diesem Kapitel noch diskutiert werden, wären demnach mit Opportunitätskosten behaftet, die umso schwerer wiegen, je länger der relevante Zeithorizont ausfällt und je größer die Wahrscheinlichkeit ist, daß es ohne Wanderungen tatsächlich auch gelungen wäre, bessere Alternativen durchzusetzen.

---

[1] Dies führt nicht unbedingt zu (Wachstums-)Einbußen beim Bruttoinlandsprodukt (sieht man einmal davon ab, daß die höhere Staatsquote, zu der es voraussichtlich kommt, Wachstumsimpulse lahmlegen kann) sondern vor allem beim verfügbaren Einkommen.

[2] Vgl. Fußnote 1 auf S. 27.

III.2. Wanderungen und die Entwicklung von Erwerbsbeteiligung und Produktivität

Im folgenden wird - getrennt für Abwanderungs- und Bestimmungsland - näher auf einige der unterstellten Zusammenhänge zwischen Wanderungen und (kurzfristiger) Einkommensentwicklung eingegangen. Dabei werden zunächst die Wirkungen behandelt, die sich jeweils für den Gesamtraum zeigen. In einem weiteren Abschnitt geht es dann um die regionalen Umschichtungsprozesse, die parallel zu den Wanderungsbewegungen abgelaufen sind.

- Wirkungen im Abwanderungsland:
  Abbau der Arbeitslosigkeit und Beschleunigung des Strukturwandels

17. Welche Bedeutung die Abwanderungen für die Arbeitsmarktentwicklung in Italien hatten, zeigen die folgenden Zahlen:

Nach vorsichtigen Schätzungen sind allein zwischen 1960 und 1965 über 860.000 Erwerbspersonen emigriert[1],

---

[1] Dabei wurde wie folgt gerechnet: Die italienische Statistik weist für den betreffenden Zeitraum einen Wanderungsverlust (Abwanderungssaldo) von 716 000 Personen aus. Legt man daran eine Erwerbsquote von 75 vH an - dies entspricht ungefähr der Quote für die zwischen 1960 und 1970 in die Bundesrepublik einwandernden Ausländer (vgl. Tabelle 4* im Anhang) -, errechnet sich ein Erwerbspersonenverlust von 537 000.

Die deutschen und italienischen Statistiken unterscheiden sich allerdings deutlich in ihren Angaben über die zwischenstaatlichen Wanderungen (vgl. dazu Tabelle 6* im Anhang). Nimmt man an, daß die deutschen Angaben realitätsnäher sind, da Wanderungen beim "Arbeitskräfteimporteur" präziser registriert werden als beim Exporteur, so sind - wenn man zusätzlich unterstellt, daß diese Differenzen auch gegenüber allen anderen Wanderungspartnern auftreten - die vorliegenden (italienischen) Zahlen noch entsprechend zu korrigieren. Für den Zeitraum 1960 bis 1965 errechnet sich dafür ein Faktor von 1,60 (der Wanderungsgewinn, der in der deutschen Statistik gegenüber Italien ausgewiesen wird, liegt um 60 vH über den entsprechenden italienischen Angaben). Rechnet man den in der italienischen Statistik ausgewiesenen Wanderungsverlust entsprechend hoch, ergibt sich ein Defizit in Höhe von 860 000 Erwerbspersonen - oder, anders ausgedrückt, von annähernd 4 vH (des Erwerbspersonenbestands von 1960).

was einem Verlust von ungefähr 4 vH (des Erwerbspersonenbestands von 1960) entspricht. In der gleichen Größenordnung bewegt sich auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit, der damals eingetreten ist. Die Arbeitslosenquote ist in der ersten Hälfte der sechziger Jahre (1961 -65) gegenüber dem Durchschnitt der Vorperiode (1956 - 60) um 3,2 vH gesunken.

Man kann somit davon ausgehen, daß die Emigration überwiegend aus dem Arbeitslosenbestand bestritten wurde - entweder durch die direkte Abwanderung der Arbeitssuchenden oder dadurch, daß sie auf freigewordene Stellen nachrückten. Größere Produktionseinbußen wären demnach ausgeblieben und auch die Versorgungslage der Inländer hätte sich entsprechend verbessert, da sie nun einen Teil der Leistungen, mit denen bisher die Arbeitslosen unterstützt wurden, für andere Zwecke (für den eigenen Konsum oder für Investitionen) einsetzen können.

18. Parallel zu den Abwanderungen gelang es jedoch nicht nur, die (offene) Arbeitslosigkeit abzubauen, die sich direkt in den entsprechenden Statistiken niederschlägt. Verschiedene Anzeichen deuten daraufhin, daß es außerdem zu einem schnellen Wandel überkommener regionaler und sektoraler Strukturmuster kam, wobei auch zahlreiche Arbeitskräfte aus den traditionellen, personell überbesetzten Wirtschaftsbereichen ausgeschieden sind (Rückgang der versteckten Arbeitslosigkeit). Auch hier ist kaum anzunehmen, daß diese personellen Verluste zu entsprechenden Produktionsausfällen führten: mit dem Abbau der Beschäftigung war es vielfach wohl erst möglich, modernere Produktionsverfahren anzuwenden, auf größere Betriebseinheiten überzugehen und die vorhandenen Ressourcen effizienter einzusetzen. Hinzu kommt, daß in den schrumpfenden Bereichen - vor allem in der Landwirtschaft - Arbeitskräfte stark

vertreten waren (ältere Beschäftigte, mithelfende Familienangehörige)[1], deren Leistungsfähigkeit ohnehin gering zu veranschlagen ist (auch in alternativen Berufen). Man kann davon ausgehen, daß gerade diese Arbeitskräfte, deren Beschäftigung häufig kaum mehr als ein Substitut für andere Formen der Sozialversicherung gewesen sein dürfte, in großem Umfang freigesetzt wurden, nachdem die (komplementären) Vollarbeitskräfte in andere Regionen oder Sektoren abgewandert waren.

Diese Überlegungen werden auch durch die Beobachtung gestützt, daß gerade dann, als die landwirtschaftliche Beschäftigung am stärksten zurückging, in diesem Bereich die höchsten Produktivitätszuwächse erzielt wurden (im Vergleich von vier Fünfjahresperioden zwischen 1955 und 1975)[2].

19. Weitere Produktivitätsgewinne - neben diesen sektorinternen Produktivitätssteigerungen - waren von dem intersektoralen Umschichtungsprozeß zu erwarten, der zugunsten von produktivitätsstärkeren Wirtschaftsbereichen ablief. Auch dieser Prozeß steht anscheinend in engem Zusammenhang mit der Abwanderungsbewegung ins

---

[1] So betrug 1960 der Anteil der Beschäftigten, die über 65 Jahre alt waren, in der Landwirtschaft 6,4 vH, im gewerblichen Sektor 0,9 vH und in der übrigen Wirtschaft 2,3 vH. (Berechnet nach ISTAT, Annuario di Statistiche del Lavoro, Roma 1965).

[2] Vgl. Tabelle 5.

Tabelle 5 - Die Entwicklung von Beschäftigung und Produktivität in der Landwirtschaft in Italien im Vergleich mit anderen Wirtschaftsbereichen

Zeitraum	Veränderungen der Beschäftigtenzahl				Produktivitätsentwicklung (Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität)[a]	
	Landwirtschaft		Übrige Sektoren		Landwirtschaft	Übrige Sektoren
	(1000)	(vH)	(1000)	(vH)		
1955-1960	-1397 (-684)[b]	-17,5 (-9,4)[b]	+2064 (+1763)[b]	+18,2 (+15,1)[b]	5,57 (4,61)[b]	2,55 (2,59)[b]
1960-1965	-1669	-25,4	+ 483	+ 3,6	8,87	4,32
1965-1970	-1285	-26,2	+ 983	+ 7,1	8,07	4,92
1970-1975	- 649	-18,0	+ 250	+ 6,0	3,99[c]	2,61[c]

[a] Zu konstanten Preisen.

[b] Veränderungen zwischen 1956 und 1960. Zwischen den Angaben für 1955 (und Vorjahren) sowie 1956 ff weist die Beschäftigtenstatistik einen Sprung auf (Beschäftigtenrückgang in der Landwirtschaft von über 700.000), der kaum anders als durch eine Umstellung des Berechnungsverfahrens (oder andere methodische Gründe) zu erklären sein dürfte.

[c] 1970-1974.

Quelle: UN, Yearbook of National Accounts Statistics, New York, lfd. Jgg. - OECD, Labour Force Statistics, Paris, lfd. Jgg. - Eigene Berechnungen.

Ausland: Wie die vorliegenden Statistiken zeigen, sind - nachdem sich die erste Abwanderungswelle abgeschwächt hatte - unter den Emigranten nicht mehr die landwirtschaftlichen Erwerbspersonen, sondern die Industriebeschäftigten überrepräsentiert[1]. Der Sog, der von der Arbeitskräftenachfrage in den Zuwanderungsregionen ausging, hat demnach primär die gewerblichen Arbeitskräfte

[1] Vgl. Tabelle 6.

Tabelle 6 - Die Erwerbsstruktur der Auswanderer Italiens[a] im Vergleich mit der Struktur der inländischen Erwerbstätigen 1960, 1965 und 1969

Wirtschaftsbereich	Erwerbsstruktur (in vH)					
	1960		1965		1969	
	A[b]	I[c]	A	I	A	I
Landwirtschaft	37,4	32,6	18,9	25,8	20,8	21,2
Industrie	46,9	36,7	60,9	40,3	60,0	42,8
Sonstige	15,7	30,6	20,2	33,9	19,2	36,0

[a] Die Beschäftigtenanteile der Auswanderer wurden aufgrund der Abmeldungen ("cancellati") in den Heimatregionen berechnet. Temporäre Abwanderungen in das Ausland bleiben dabei unberücksichtigt. Hätte man sie mit einbezogen und die gesamten Auswanderungen ("espatriati") zugrundegelegt, so wäre voraussichtlich - wie Vergleichsrechnungen für spätere Jahre zeigen, für die es diese Angaben gibt - der Agraranteil geringer ausgefallen. - [b] Auswanderer. - [c] Inländische Erwerbstätige.

Quelle: ISTAT, Annuario di Statistiche del Lavaro, Roma 1971 und 1974.- ISTAT, Annurio di Statistiche Demografiche, Roma 1960 und 1965.- ISTAT, Popolazione e Movimento Anagrafico dei Comuni, Roma 1971.- Eigene Berechnungen.

der Emigrationsgebiete erfaßt. Auf deren Plätze konnten dann - in einer zweiten Phase - die Beschäftigten nachrücken, die aus anderen (produktivitätsschwachen) Branchen freigesetzt wurden und nun - anders als die Emigranten oder der Personenkreis, der sich aus der Erwerbstätigkeit zurückzog[1] - auf dem regionalen Arbeitsmarkt verfügbar waren.

[1] Dazu ist beispielsweise ein Teil der älteren Beschäftigten oder der abhängigen Familienangehörigen zu rechnen, die bisher in der Landwirtschaft tätig waren.

Dies bedeutet aber auch, daß vor allem solche Arbeitskräfte (Industriebeschäftigte) emigriert sind, die - gemessen an den Verhältnissen in der Herkunftsregion - als überdurchschnittlich qualifiziert gelten können[1]. Man kann in der Erosion des regionalen Arbeitskräftepotentials, die hier eingeleitet wurde, vor allem dann einen Nachteil sehen, wenn man an die längerfristigen Entwicklungsaussichten dieser Regionen denkt und an (personelle) Engpässe - insbesondere bei qualifizierten, innovationsfreudigen Arbeitskräften - die sich später wachstumshemmend auswirken können[2]. Dieser Einwand fällt umso stärker ins Gewicht - wie auch einige andere Bedenken, die man hier vorbringen könnte - je weiter man über den (kurzen) Zeitabschnitt hinausblickt, in den die Produktivitäts- und Einkommensimpulse fallen, die sich den Emigrationen unmittelbar zurechnen lassen.

---

[1] Zu dieser Feststellung kommt auch eine vorliegende Untersuchung, bei der auf die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte eingegangen wird, die (zwischen 1952 und 1967) vom Süden in den Norden Italiens wanderten. Vgl. D. Salvatore, The Operation of the Market Mechanism and Regional Inequality. "Kyklos", Vol. 25 (1972) Nr. 3, S. 518 ff.

[2] Vgl. dazu auch die Entgegnung auf den erwähnten Artikel von D. Salvatore: N.M. Genovese, G. Sobbrio, Regional Inequality and the Market Mechanism - A Comment. "Kyklos", Vol. 26 (1973) Nr. 3, S. 621 ff. (Salvatore kam (unter anderem) deshalb zu einem positiven Gesamturteil über die Abwanderungen aus Süditalien, weil er unterstellte, daß es dort auch auf lange Sicht nicht gelungen wäre, die Emigranten adäquat (entsprechend ihrer Ausbildung) zu beschäftigen).

- Erfahrungen im Zuwanderungsland: Anstieg der Erwerbsbeteiligung und Vorteile größerer Produktionsserien

20. Von den über 860.000 Erwerbspersonen, die Italien zwischen 1960 und 1965 verließen, wanderte etwa ein Drittel (290.000 Personen) in die Bundesrepublik ein. Man kann annehmen, daß deshalb das Produktionsvolumen dort höher ausfiel, als man es andernfalls hätte erwarten können. Ob dies auch für das Produkt je Einwohner (Pro-Kopf-Einkommen) gilt, hängt (definitionsgemäß) von der Produktivitätsentwicklung und der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung ab. Auf beide Aspekte soll im folgenden kurz eingegangen werden.

In den 60er Jahren lag der Anteil der Erwerbspersonen unter den Immigranten um ungefähr 30 Prozentpunkte über der Erwerbspersonenquote der Inländer[1]. Die Erwerbsbeteiligung - genauer die Erwerbspersonenquote der Gesamtbevölkerung - wurde somit durch die Zuwanderungen tendenziell angehoben[2]. Rein rechnerisch resultiert daraus - falls es keine kompensierende (negative) Entwicklung der Durchschnittsproduktivität gibt - ein höheres Pro-Kopf-Einkommen. An diesem Einkommenszuwachs sind die Inländer allerdings nur dann beteiligt, wenn von der Immigration auch positive externe Effekte (auf die Produktivität der Inländer) ausgehen.

---

[1] Die Erwerbspersonenquote unter den Zuwanderern belief sich beispielsweise 1965 auf 77,5 vH gegenüber 46,1 vH bei der inländischen Wohnbevölkerung (vgl. Tabelle 4* im Anhang).

[2] Eine hypothetische Erwerbspersonenquote, die sich ohne die Zuwanderungen nach 1961 ergaben hätte, liegt 1973, auf dem Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung, um 1,7 Prozentpunkte unter der tatsächlichen Quote von 43,5 vH (dahinter steht allerdings die (sehr rigorose) ceteris-paribus-Annahme, daß die Zuwanderungen keinen Einfluß auf die Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung ausüben).

Es gibt einige Indizien, die für solche Produktivitätswirkungen sprechen. So kann man annehmen, daß die flexibleren Immigranten dazu beigetragen haben, mögliche Skalenerträge (und damit Produktivitätsfortschritte) schneller zu realisieren, als es sonst möglich gewesen wäre. Dafür spricht etwa die Beobachtung, daß Gastarbeiter in Großunternehmen mit Massenfertigung überrepräsentiert sind, wobei dies vor allem für die Branchen zutrifft, die in den 60er Jahren besonders schnell expandiert sind: Straßenfahrzeugbau, Elektrotechnik, Kunststoffverarbeitung, sowie Gummi- und Asbestverarbeitung[1].

Ohne die Beteiligung von Immigranten wären Anpassungsprozesse im letzten Jahrzehnt voraussichtlich langsamer abgelaufen, mit anfangs stärkeren Belastungen und (im Durchschnitt) geringeren Produktivitätsgewinnen für die Inländer. Es spricht jedoch vieles dafür - folgt man den Bedenken, die hier vorgebracht werden -, daß sich aus diesen Anpassungsprozessen andere Strukturmuster herausgebildet hätten - Muster, die voraussichtlich besser geeignet gewesen wären, auch auf längere Sicht die spezifischen Standortvorteile auszuschöpfen, über die die Bundesrepublik verfügt.

---

[1] Vgl. K. Höpfner, Ökonomische Alternativen zur Ausländerbeschäftigung, Göttingen 1975, S. 38 ff.

III.3. Wanderungen und regionaler Strukturwandel

- Entwicklungen im Abwanderungsland

21. Außenwanderungen hatten für den Süden Italiens schon seit Jahrzehnten die Funktion eines Ventils übernommen, durch das der hohe Bevölkerungsdruck - das natürliche Bevölkerungswachstum liegt hier um bis zu 70 vH über dem nationalen Durchschnitt - abgebaut werden konnte. Im Zuge der europäischen Integration wurde dieses Ventil weiter geöffnet. Einige süditalienische Regionen konnten nun, nach 1960, bis zu 2 vH ihrer Bevölkerung (im Jahresdurchschnitt) an andere Landesteile, vor allem aber an das Ausland, abgeben. Die Bevölkerungsgewichte haben sich dadurch deutlich zugunsten des italienischen Nordens verschoben[1].

Für die Entwicklung der regionalen und nationalen Einkommen in Italien wurden nun die beiden folgenden Punkte relevant:

- kurzfristige Wanderungseffekte (Abbau von offener und versteckter Arbeitslosigkeit, überproportionales Schrumpfen personell überbesetzter, produktivitätsschwacher Betriebe), die das Wachstum der nationalen Durchschnittseinkommen beschleunigen, schlagen sich vor allem in der Einkommensentwicklung von "Abwanderungsregionen" nieder. Da es sich dabei um die ärmsten Landesteile handelt, ist zu erwarten, daß die interregionalen Disparitäten abnehmen.

- Die großräumigen Emigrationen begünstigen zusätzliche Verschiebungen in der internen Standortstruktur. Durch Binnenwanderungen, die - wie sich zeigen läßt - eng mit den Emigrationen zusammenhängen, nimmt das Bevölkerungsgewicht der einkommensstarken norditalienischen Regionen

---

[1] Vgl. Tabelle 7.

Tabelle 7 - Die Entwicklung der regionalen Standortstruktur (Bevölkerungsverteilung) in Italien zwischen 1960 und 1975

Region	Bevölkerungsverteilung		Bevölkerungsentwicklung in Teilperioden (Jahresdurchschnitte)			
	1960	1975	1960-1964		1965-1969	
			natürliche Bevölkerungsbewegungen	Wanderungen	natürliche Bevölkerungsbewegungen	Wanderungen
	(in vH)		(in vH der Wohnbevölkerung)			
1 Piemonte	7,6	8,1	0,2	1,4	0,3	0,8
2 Valle d'Aosta	0,2	0,2	0,4	0,1	0,4	0,5
3 Liguria	3,4	3,4	0,2	1,1	0,1	0,2
4 Lombardia	14,4	15,8	0,7	1,0	0,7	0,6
5 Trentino-Alto Adige	1,6	1,6	1,0	-0,3	1,0	-0,3
6 Veneto	7,7	7,6	0,9	-0,7	0,9	-0,2
7 Friuli-Venezia Giulia	2,4	2,2	0,3	-0,2	0,2	-0,2
8 Emilia-Romagna	7,3	7,0	0,5	-0,1	0,4	0,0
9 Toscana	6,5	6,4	0,4	0,0	0,4	0,2
10 Umbria	1,6	1,4	0,6	-1,0	0,5	-0,7
11 Marche	2,7	2,5	0,7	-0,9	0,6	-0,4
12 Lazio	7,6	8,8	1,2	0,9	0,7	0,3
13 Campania	9,4	9,4	1,7	-1,0	1,6	-0,9
14 Abruzzi	2,5	2,2	0,8	-1,3	0,8	-1,1
15 Molise	0,7	0,6	0,9	-1,7	0,7	-2,1
16 Puglia	6,8	6,7	1,6	-1,2	1,6	-1,0
17 Basilicata	1,3	1,1	1,5	-2,0	1,3	-1,9
18 Calabria	4,1	3,6	1,6	-1,9	1,4	-1,6
19 Sicilia	9,4	8,7	1,4	-1,3	1,2	-1,3
20 Sardegna	2,8	2,7	1,6	-1,3	1,4	-0,9
"Problemregionen"[a] insgesamt	41,3	38,9	1,4	-1,3	1,3	-1,1
Italien	100	100	1,0	-0,2	0,9	-0,2

[a]Alle Regionen, in denen das Pro-Kopf-Einkommen 1973 um mehr als 10 vH unter dem Landesdurchschnitt lag (es handelt sich um die Regionen Nr. 10, 11 sowie 13 - 20).

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft, Regionalstatistik 1975, Luxemburg 1977. - Eigene Berechnungen.

stärker zu, als es ohnehin schon, aufgrund ihrer geringeren Beteiligung an den Außenwanderungen, der Fall gewesen wäre.

22. Die überproportionalen Einkommens- und Produktivitätsgewinne, die man für die Regionen mit hohen Wanderungsverlusten erwarten kann, werden durch empirische Tests bestätigt. Man erhält für Italien einen statistisch gut gesicherten Zusammenhang zwischen dem Wachstum der regionalen Pro-Kopf-Einkommen und dem Wanderungssaldo der einzelnen Regionen[1]. Es fällt auf, daß der Erklärungswert bei diesen Rechnungen höher ist als bei alternativen Schätzungen, für die die regionalen Gesamteinkommen herangezogen wurden. Dies deutet daraufhin, daß zwar die kurzfristigen Wanderungsfolgen, die hier skizziert wurden, auf einen Abbau des interregionalen Einkommensgefälles hingewirkt haben, daß es aber nicht gelungen ist, wirtschaftliche Aktivitäten nachhaltig zugunsten der "Problemregionen" zu verlagern[2].

Aus Sicht des Gesamtraumes braucht dies allerdings kein Nachteil zu sein: falls die Wachstumschancen in norditalienischen Regionen - aufgrund spezifischer Standortfaktoren, die dort vorliegen - größer sein sollten als im Süden, müßten raumplanerische Leitvorstellungen, die eine gegebene Bevölkerungsverteilung weitgehend erhalten wollen, mit gesamtwirtschaftlichen Wachstumsverzichten erkauft werden.

---

[1] Vgl. Tabelle 8 auf S. 43.

[2] Dies stimmt auch mit der Beobachtung überein, daß sich die Rentabilitätsposition der süditalienischen Regionen - ihre Lohn-Produktivitätsrelation - gegenüber den nördlichen Landesteilen im Zeitablauf (zwischen 1960 und 1969) verschlechtert hat. Vgl. H.M. Stahl, Regionalpolitische Implikationen einer EWG-Währungsunion, Tübingen 1974, S. 135 ff.

Tabelle 8 - Regressionen über den Zusammenhang zwischen (regionalem) Wachstum und Wanderungssaldo[a] für deutsche und italienische Regionen (im Jahresdurchschnitt von 1960 - 1964)

ITALIEN (20 Regionen)

$$W_{Y/K} = 10{,}64 - 1{,}12\ S_M \qquad R^2 = 0{,}52$$
$$(-4{,}38)$$

$$W_Y = 11{,}32 - 0{,}47\ S_M \qquad R^2 = 0{,}21$$
$$(-2{,}18)$$

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (11 Bundesländer)

$$W_{Y/K} = 7{,}00 + 0{,}48\ S_M \qquad R^2 = 0{,}02$$
$$(0{,}46)$$

$$W_Y = 7{,}52 + 1{,}55\ S_M \qquad R^2 = 0{,}16$$
$$(1{,}68)$$

Symbole:

- W Durchschnittliche jährliche Veränderungsraten (1960-64)
- Y Bruttoinlandsprodukt (in nationaler Währung, zu laufenden Preisen)
- Y/K Bruttoinlandsprodukt je Einwohner
- S_M Wanderunssaldo[a] einer Region (im Jahresdurchschnitt von 1960 - 1964, je 100 Einwohner)

[a] Saldo der Gesamtwanderungen (Außen- und Binnenwanderungen)

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Regionalstatistik 1972. - Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaft der Bundesländer, div. Jgg.

Tabelle 9 - Regressionen über den Zusammenhang zwischen Außenwanderungen und Binnenwanderungen für die Bundesrepublik und Italien in den Jahren von 1960 - 1975

Schätzgleichung	R^2	n	DW
ITALIEN			
$B_t = 12{,}89 + 1{,}27\ E_t$ (2,71)	0,34	16	1,18[a]
$B_t = 11{,}78 + 1{,}67\ E_{t-1}$ (3,89)	0,52	16	1,36[a]
$B_t = 11{,}62 + 1{,}69\ E_{t-2}$ (3,29)	0,45	15[c]	1,01[b]
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND			
$B_t = 30{,}10 + 0{,}69\ I_t$ (3,50)	0,47	16	0,82[b]
$B_t = 31{,}80 + 0{,}69\ I_{t-1}$ (1,97)	0,22	16	0,59[b]
$B_t = 34{,}86 + 0{,}06\ I_{t-2}$ (0,24)	0,00	16	0,58[b]

Symbole:

- B_t Summe der Binnenwanderungen eines Jahres t (in Italien wurden die Wanderungen von Region zu Region erfaßt, in der Bundesrepublik sämtliche Ortsveränderungen)
- E_t Abwanderungen (Emigration) im Jahr t
- I_t Zuwanderungen in t

[a] Durbin-Watson-Test auf Autokorrelation der Residuen fällt nicht eindeutig aus. - [b] Residuen sind autokorreliert nach Durbin-Watson (bei 5 vH Irrtumswahrscheinlichkeit). - [c] 1961 - 1975.

Quelle: ISTAT, Annuario Statistico Italiano, Roma, lfd. Jgg. - Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, lfd. Jgg.

Was die Beziehungen zwischen Außenwanderungen und Binnenwanderungen anbetrifft, so wird die These, nach der die Emigrationswellen auch zu einem Wandel der internen Standortstruktur beigetragen haben, durch Regressionsschätzungen bestätigt[1]. Es gibt einen signifikanten Zusammenhang zwischen den Binnenwanderungen und den Emigrationen einzelner Jahre. Das vermutete Wanderungsmuster - der "Nachrückeffekt" süditalienischer Arbeitskräfte nach Norden - läßt sich durch die vorgenommenen Rechnungen insoweit belegen, als die Ergebnisse dann am besten gesichert sind, wenn die Binnenwanderungen einer Periode durch die Emigrationen der Vorperiode erklärt werden sollen.

Man kann somit davon ausgehen, daß der schnelle sektorale Strukturwandel, auf den bereits hingewiesen wurde, eng mit einem Wandel der Regionalstruktur verknüpft ist: die Außenwanderungsverluste der industrialisierten Nordprovinzen wurden ausgeglichen (oder sogar überkompensiert) durch den Bevölkerungszustrom aus (südlichen) Regionen mit einem vergleichsweise hohen Agraranteil. Solche interregionalen Verschiebungen (zwischen "Agrar-" und "Industrieregionen") dürfte mit dazu beigetragen haben, daß Industriebeschäftigte unter den Emigranten überrepräsentiert sind. Die Produktivitätsgewinne, die aus einem beschleunigten sektoralen Strukturwandel resultieren, wären demnach gleichermaßen dem parallelen Wandel der internen Standortstruktur zuzurechnen.

23. Auf der einen Seite hat der Abwanderungsboom der frühen sechziger Jahre für Italien die Chance eröffnet, überkommene sektorale und regionale Strukturmuster schneller zu überwinden, als es andernfalls möglich gewesen wäre. Die Entwicklung nach 1967 weist andererseits daraufhin, daß diese Chance nicht nachhaltig genutzt wurde - vielleicht, weil man darauf vertraute, daß sich auf ausländischen Arbeitsmärkte auch in Zukunft (attraktive) Beschäftigungsalterna-

[1] Vgl. Tabelle 9 auf S. 43.

tiven bieten würden. Als es sich dann zeigte (nach 1967, vor allem aber nach 1973), daß diese Erwartungen falsch waren, brachen alte Probleme wieder auf: die Arbeitslosenquote, die in der ersten Hälfte der sechziger Jahre gegenüber dem Stand der Vorjahre halbiert werden konnte, stieg an, der Einkommensrückstand gegenüber den "reichen" EG-Mitgliedern nahm zu, die internen Disparitäten konnten nicht weiter - über den Stand von 1967 hinaus - abgebaut werden.

- Wirkungen im Zuwanderungsland

24. Für die Bundesrepublik wurden ebenfalls Regressionen berechnet, um abzuschätzen, wie sich die Außenwanderungen auf die regionale Einkommensentwicklung und die interregionale Mobilität ausgewirkt haben.[1]

Für den Zusammenhang zwischen Außenwanderungen und Binnenwanderungen wurde nun - beim Zuwanderungsland - von den Immigrationen (und nicht, wie bei Italien, von den Emigrationen) ausgegangen. Hierbei zeigte sich eine signifikante positive Beziehung zwischen den Binnenwanderungen und den Zuwanderungen derselben Periode, wobei auffällt , daß dieses Ergebnis offensichtlich stark durch Trendfaktoren beeinflußt wurde[2]. Substitionsbeziehungen zwischen Binnenwanderungen und Immigrationen - es wurde an anderer Stelle argumentiert, daß man über Zuwanderungen einen erheblichen Teil des regionalen und sektoralen Strukturwandels abwickeln könnte - werden somit durch die Schätzergebnisse nicht bestätigt. Dies mag damit zusammenhängen, daß diese Beziehung hier von Konjunktureinflüssen überlagert wurde, die vermutlich auf den Verlauf beider Größen (Binnenwanderungen und Außenwanderungen) eingewirkt haben.

---

[1] Vgl. die Tabellen 8 und 9.

[2] Der Durbin-Watson-Test weist daraufhin, daß die Residuen (bei 5 vH Irrtumswahrscheinlichkeit) autokorreliert sind (vgl. Tabelle 9).

Auch die Hypothese, nach der die regionalen ungebundenen, flexibleren Gastarbeiter dazu beitragen, zusätzliche Wachstumsspielräume auszuschöpfen, ließen sich durch die Testrechnungen - Einfachregressionen zwischen dem Wanderungssaldo und dem (Pro-Kopf-) Einkommensanstieg der Bundesländer - nicht belegen. Zumindest auf Länderebene zeigt sich (bei Querschnittsuntersuchungen) kein gesicherter Zusammenhang zwischen Einkommenswachstum und Zuwanderungen.

Man könnte hier zwar Branchenstudien anführen, die darauf hindeuten, daß das (Beschäftigungs-) Wachstum einzelner Wirtschaftszweige eng mit der Beteiligung von Ausländern zusammenhängt. Dieser Hinweis geht aber an der Fragestellung - (Pro-Kopf-) Einkommensgewinne durch Emigrationen? - vorbei. Er ist zumindest solange verfehlt, wie man in der Mehrung von Wohlstand (oder Einkommen je Einwohner) ein Hauptziel wirtschaftlicher Betätigung sieht und wie man nicht (primär) auf die Entwicklung der Gesamteinkommen (Einkommen je Flächeneinheit) oder die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze abstellt.

Auch vorliegende Rechnungen, in denen der Humankapitalgewinn abgeschätzt wird, den die Bundesrepublik dadurch verzeichnen konnte, daß die Erziehungs- und Ausbildungskosten der Gastarbeiter von den jeweiligen Heimatländern getragen wurden[1], helfen hier nicht weiter. Von der Tatsache, daß diese Kosten anderswo aufgebracht wurden, kann man noch nicht darauf schließen, daß sich diese Ersparnis auch positiv auf die Einkommensentwicklung der inländischen Bevölkerung ausgewirkt hat. Es bleibt offen, ob etwa allein dadurch, daß in der Bundesrepublik Hunderttausende leben und arbeiten, die nicht hier ausgebildet wurden, die deutschen Arbeitnehmer mehr verdienen als unter Status-quo-Bedingungen.

---

[1] Vgl. z.B. R.C. Bitz, A Benefit-Cost Analysis of Foreign Workers in West Germany, 1957 - 1973. "Kyklos", Vol.30 (1977) Heft 3, S. 35 ff.

IV. Schlußbemerkungen: Neue Probleme durch eine Erweiterung der Gemeinschaft?

25. In den nächsten Jahren wird sich die Gemeinschaft der Neun erneut - zu einer Gemeinschaft der Zwölf - erweitern. Angesichts der Wirtschaftslage in den Beitrittsländern - vor allem in Griechenland und Portugal - bedeutet dies gleichzeitig, daß die EG-internen Einkommens- und Beschäftigungsunterschiede weiter anwachsen werden.

Auch aus Sicht der Beitrittsländer könnte es sich als attraktiv erweisen, bestehende Beschäftigungs- und Zahlungsbilanzprobleme dadurch zu entschärfen, daß man Arbeitskräfte - sobald die volle Freizügigkeit hergestellt ist - in andere Mitgliedsländer abgibt (Strategie A). Es ist allerdings wenig wahrscheinlich, daß es dabei wieder zu Abwanderungswellen kommt, wie man sie in den sechziger Jahren beobachten konnte: Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen - die potentiellen Immigrationsländer kämpfen heute selbst mit Beschäftigungschwierigkeiten -, dürften auf absehbare Zeit starke Emigrationen entweder nicht möglich oder (politisch) nicht durchsetzbar sein. Abgesehen davon stellt sich die Frage, ob solche Abwanderungsbewegungen, würden sie tatsächlich stattfinden, auch den langfristigen Interessen von Herkunfts- und Bestimmungsland entsprächen. Erfahrungen, die man in der bisherigen Gemeinschaft machen konnte, lassen zwar auf kurze Sicht Gewinne erwarten, sie lassen aber auch befürchten, daß diese Gewinne mit Hypotheken belastet sind, die man später einmal abzutragen hat.

Es käme demnach darauf an, in den Beitrittsländern die Arbeitslosigkeit dadurch zu bekämpfen, daß man dort selbst die Voraussetzungen für eine stärkere wirtschaftliche Expansion schafft (Strategie B). Für die inländischen Einkommensbezieher könnte dies allerdings bedeuten - sollen neue, rentable Produktionsmöglichkeiten erschlossen werden -,

daß sie in ihren Ansprüchen (zunächst) hinter Erwartungen zurückbleiben müßten, die sie bisher hatten und in denen sie möglicherweise durch den Beitritt zur Gemeinschaft bestärkt wurden. Es ist fraglich, ob man zu diesen Zugeständnissen bereit sein wird.

26. Je weniger es aber gelingt, eine dieser beiden Strategien zu implementieren - und auf nationaler oder internationaler Ebene Anpassungsprozesse zu vollziehen[1] - desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß schließlich mit protektionistischen Maßnahmen versucht wird, Beschäftigungspolitik zu betreiben. Präzedenzfälle, auf die man dabei verweisen könnte, gibt es viele (in anderen Ländern oder in anderen Branchen innerhalb der EG, die schon früher gegen Importkonkurrenz geschützt wurden). Es ist anzunehmen, daß die Maßnahmen, die nun ergriffen würden - zugeschnitten auf Produzenten in den Beitrittsländern - , vor allem gegen Entwicklungsländer und junge Industrieländer gerichtet wären.

27. Eine recht pessimistische, aber vielleicht doch nicht unrealistische Zukunftsschau: die Erweiterung der EG und weitere Integrationsfortschritte innerhalb der Gemeinschaft - oder das Aufrechterhalten des erreichten Integrationsgrades - werden erkauft mit einer zunehmenden Diskriminierung nach außen.

---

[1] Im ersten Fall (Strategie A) sollen die Beschäftigungsprobleme der Emigrationsgebiete dadurch abgebaut werden, daß man - bei gegebenen Faktorpreisrelationen - Arbeitskräfte abgibt und die Regionalstruktur verändert. Die zweite Strategie (B) beruht darauf, daß sich - bei gegebener Regionalstruktur die Faktorpreisrelationen verschieben, um über zusätzliche Investitionen einen höheren Beschäftigungsstand zu erreichen.

Diese Strategie könnte sich allerdings als Scheinlösung erweisen. Es ist zu befürchten, daß die kurzfristigen Beschäftigungseffekte, die man sich von handelspolitischen Eingriffen erhofft, mit erheblichen Wohlfahrtsverlusten (für den Gesamtraum) verbunden sind. Selbst aus der Sicht der Regionen und Produzenten, auf die einzelne Eingriffe zugeschnitten werden, kann man fragen ob es langfristig nicht besser wäre, marktkonforme Lösungen zuzulassen. Es ist ohnehin nicht auszuschließen, daß die Schutzsysteme, die man aufbaut, eines Tages nicht mehr (wegen ihrer exzessiven Kosten) aufrechtzuerhalten sind. Statt eines längeren Anpassungsprozesses, den man nicht zulassen wollte, könnten dann wesentlich schnellere und schmerzhaftere Aktionen notwendig werden. Außerdem besteht die Gefahr, daß die Interventionssysteme, die sich herausbilden - ist erst einmal ein Anfang gemacht -, in ihren (Netto-)Wirkungen bald nicht mehr zu überschauen sind. (Dies gilt vor allem dann, wenn damit zu rechnen ist, daß Handelspartner zu Retorsionsmaßnahmen greifen. Im Rahmen einer Gesamtbilanz wären die Wirkungen dieser Maßnahmen ebenfalls einzelnen Regionen oder Sektoren zuzuordnen.)

Wenn aber auf der einen Seite die Kosten, die dirigistische Regelungen verursachen, immer stärker anwachsen und schließlich auch einem breiten Publikum bewußt werden und wenn andererseits die Begünstigten solcher Maßnahmen kaum mehr zu identifizieren sind, machen sich leicht Aversionen breit - Aversionen, die sich nicht nur gegen einzelne Regelungen wenden, sondern auch gegen Institutionen, die man damit identifiziert. Für die Gemeinschaft insgesamt könnte dies bedeuten, daß allmählich der politische Konsens verlorengeht, auf den sie sich ursprünglich gründete.

A n h a n g

Tabelle 1*- 6*

Tabelle 1* - Die Streuung der regionalen Pro-Kopf-Einkommen in der Bundesrepublik 1974, berechnet für alternative Einkommenskonzepte und regionale Gliederungen

Einkommenskonzept	Regionale Gliederung	Gewichteter Variationskoeffizient der Pro-Kopf-Einkommen (vH)
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Einwohner	Ebene 1 der EG-Regionen (11 Bundesländer)	15,03
	Bundesländer ohne Stadtstaaten (8)	7,51
	Ebene 2 der EG-Regionen[a]	18,09
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung	11 Bundesländer	14,31
Bruttoinlandsprodukt zur Faktorkosten je Einwohner		12,11
Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten je Einwohner		11,62
Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten je Erwerbstätigen		11,39
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten je Einwohner		9,91
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten in der Industrie	11 Bundesländer	6,95
	Bundesländer ohne Stadtstaaten	6,80

[a] 29 Regierungsbezirke, Schleswig-Holstein, Saarland, Hamburg, Bremen, Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer 1976, Wiesbaden 1977. - Gemeinschaftsarbeit der Statistischen Landesämter, Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Kreise 1974, Düsseldorf, o. Jahresangabe. - Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Statistisches Jahrbuch 1976, Kiel 1977. - Eigene Berechnungen.

Tabelle 2*

Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft zwischen 1955 und 1975

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande[a]	Belgien	Luxemburg	Vereinigtes Königreich	Irland	Dänemark
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX
- Zahl der Erwerbspersonen (in 1.000) -									
1955	24 165[b]	19 638	21 102	4 118[c]	3 629	-	24 547	1 208	2 120
1960	26 518	19 792	22 210	4 232	3 675	134	25 101	1 118	2 094
1965	27 034	20 381	19 925[d]	4 538	3 786	133	25 498	1 120	2 252
1970	26 817	21 465	19 505	4 752	3 830[d]	135	25 300	1 118	2 380
1975	26 424	22 229	19 802	4 845	4 003	150	25 834	1 132	2 486
- Erwerbspersonenquote der Wohnbevölkerung (vH) -									
1955	48,1[b]	45,2	44,7	37,8[c]	40,9	-	47,9	41,4	47,8
1960	47,8	43,3	43,3	36,8	40,1	42,5	47,8	39,4	45,7
1965	46,1	41,8	39,2[d]	36,9	40,0	40,2	46,8	38,9	47,3
1970	44,2	42,3	37,0	36,4	39,7[d]	39,9	45,3	37,9	48,3
1975	42,7	42,1	36,0	35,5	40,8	41,9	46,1	36,2	49,1
- Erwerbspersonenquote der Bevölkerung im Alter von 15-64 Jahren (vH)[e] -									
1955	-	70,7	-	61,5[c]	61,4	-	72,7	69,7	75,0
1960	70,5	69,9	64,1	60,4	62,2	62,6	73,4	67,3	71,2
1965	70,5	67,1	58,4[d]	59,4	63,0	60,9	72,2	67,3	73,0
1970	69,5	67,8	55,6	58,3	63,0[d]	61,0	71,7	65,8	74,9
1975	66,7	67,3	54,6	55,5	64,0	63,3[f]	73,5	62,6	76,8

[a]Die Angaben für die Niederlande erfolgen in Mann-Jahren.-

[b]Ohne West-Berlin. - [c]1956. - [d]Revidierte Werte, die mit den Vorjahren nicht unmittelbar zu vergleichen sind. -
[e]Die für Italien ausgewiesenen Werte beziehen sich auf die Gruppe der 14- bis 64-Jährigen. - [f]1974.

Quelle: OECD, Manpower Statistics 1954-1964, Paris 1965 (für 1955). - OECD, Labour Force Statistics, Paris, div. Jgg. (für die übrigen Jahre). - Eigene Berechnungen.

Tabelle 3*

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft zwischen 1955 und 1975

(Mehrjahresdurchschnitte)

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Vereinigtes Königreich	Irland	Dänemark
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX
	- Arbeitslosenquoten (vH) -								
1956-60	2,3[a]	1,1	6,2	1,5	3,1	-	1,3	6,0	4,0
1961-65	0,6	1,2	3,0	0,8	1,9	-	1,4	4,8	1,6
1966-70	1,0	1,9	3,5	1,5	2,2	0,3	1,8	5,2	1,2
1971-75	1,8	2,9	3,3	2,7	2,5[b]	0,3	2,8	6,4	2,3
1975	4,1	4,0	3,3	4,3	4,2	0,3	3,4	8,0	4,9

[a] Ohne West-Berlin. - [b] Umstellungen in der amtlichen Statistik beeinträchtigen den Vergleich mit den Vorjahren.

Quelle: Vgl. Tabelle 2*

Tabelle 4* - Die Erwerbspersonenquote der Wohnbevölkerung im Vergleich mit der Erwerbspersonenquote der Wanderungen für die Bundesrepublik in ausgewählten Jahren

Jahr	Erwerbspersonenquote[a]		
	Wohnbevölkerung	Außenwanderungen (Zuwanderungen)	Binnenwanderungen
1957	48,6[b]	62,0[c]/62,6[d]	67,7
1960	47,8	79,7[c]/71,3[d]	66,4
1965	46,1	77,5[d]	65,1
1970	44,2	74,5[d]	62,4
1975	42,7	39,4[d]	57,5

[a] Anteil der Erwerbspersonen (in vH) an der Wohnbevölkerung bzw. an den Wanderungen. -

[b] Ohne West-Berlin. -

[c] Zuwanderungen aus dem Ausland. -

[d] Zuwanderungen insgesamt (einschließlich Zuwanderungen aus den Ostgebieten, Berlin und der DDR).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, lfd. Jgg. - OECD, Labour Force Statistics, Paris, lfd. Jgg. - Eigene Berechnungen.

belle 5* - Die Wanderungsbilanz der Bundesrepublik zwischen 1955 und 1975[a]

A Jährliche Angaben (in 1.000 Personen)

Jahr	Ostgebiete DDR Berlin[b]	Zuwanderungen nach Herkunftsgebieten: Ausland: europäisches Ausland: Italien	Jugoslawien	Griechenland	Türkei	Spanien Portugal	EUR 6	Europa insgesamt	Ausland insgesamt	Zuwanderungen insgesamt	Abwanderungen insgesamt	Saldo der Außenwanderungen
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
1955	377,9	5,9	12,9	-	-	-	27,0	94,7	123,8	501,7	190,9	+310,8
1956	407,6	17,2	12,1	-	-	-	37,4	122,4	154,3	561,9	222,5	+339,5
1957	455,3	22,9	14,6	-	-	-	44,2	155,2	192,9	648,2	231,5	+416,6
1958	334,6	30,6	13,4	-	-	-	55,9	162,7	205,1	539,6	210,7	+329,0
1959	215,1	50,7	12,1	-	-	-	77,4	178,7	219,8	434,8	224,1	+210,7
1960	237,1	145,3	9,8	27,5	1,2	32,9	179,7	336,7	386,8	623,9	259,9	+364,0
1961	250,7	180,9	15,6	38,0	9,1	56,4	221,9	420,1	482,0	732,7	301,6	+431,1
1962	91,3 (23,4)[c]	203,1	35,7	53,3	17,9	65,1	244,2	493,1	557,9	649,2	364,6	+284,5
1963	99,2 (41,6)[c]	189,8	30,0	64,9	31,4	65,4	229,3	500,3	566,4	665,6	467,1	+198,5
1964	44,2	212,1	32,7	82,1	71,8	88,0	252,8	623,7	698,6	732,0	455,5	+276,5
1965	43,2	271,6	52,5	78,7	72,9	85,7	314,2	716,9	791,7	839,9	496,2	+343,8
1966	41,1	239,4	75,7	55,8	60,9	66,9	275,5	629,9	702,3	745,7	614,1	+131,6
1967	31,0	107,8	38,9	21,1	33,6	22,7	137,6	335,9	398,4	431,8	608,7	-176,9
1968	26,6	180,5	96,2	53,6	80,2	48,4	214,4	593,0	657,5	686,1	407,9	+278,1
1969	29,5	192,8	223,8	88,6	155,8	75,0	230,9	905,9	980,7	1012,2	439,9	+572,3
1970	25,9	186,2	239,5	94,8	177,6	75,8	229,5	950,7	1042,8	1072,4	498,4	+574,0
1971	17,3	169,8	160,1	71,5	187,7	78,2	214,1	834,6	936,3	980,7	557,0	+430,7
1972	30,0	149,6	134,8	51,5	185,1	71,3	214,4	754,5	852,5	903,1	572,3	+330,8
1973	17,3	154,9	151,7	36,6	250,3	87,6	193,7	839,1	932,6	967,9	583,9	+384,0
1974	16,2	88,1	72,8	30,5	161,4	29,5	120,8	515,1	601,0	629,8	639,1	- 9,4
1975	20,3	53,1	46,1	18,6	99,2	18,7	80,5	351,5	429,1	456,1	653,0	-199,2

[a] 1955 und 1956 ohne Saarland und West-Berlin, 1957 bis 1963 ohne West-Berlin. - [b] Vor 1964 einschließlich der Zuwanderungen aus West-Berlin sowie der Zuwanderungen ohne Ortsangabe, von Personen auf See und ohne festen Wohnsitz. Der letztgenannte Personenkreis (Zuwanderungen ohne Ortsangabe ...) ist ab 1964 nur noch in der Gesamtsumme der Zuwanderungen enthalten und nicht mehr in den Angaben für einzelne Herkunftsgebiete. - [c] Ohne West-Berlin und den unter b genannten Personenkreis (wie Folgejahre).

noch Tabelle 5*

B Mehrjahresdurchschnitte (in 1.000 Personen)

Zeitraum	Zuwanderungen nach Herkunftsgebieten									Zuwanderungen insgesamt	Abwanderungen insgesamt	Saldo der Außenwanderungen
	Ostgebiete DDR Berlin	Ausland										
		europäisches Ausland							Ausland insgesamt			
		Italien	Jugoslawien	Griechenland	Türkei	Spanien Portugal	EUR 6	Europa insgesamt				
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
1956[a] - 60	329,9	53,3	12,4	-	-	-	78,9	191,1	251,1	561,7	229,7	+332,0
1961[b] - 63	147,1	191,3	26,8	52,1	19,5	62,3	231,8	471,2	535,4	682,5	377,8	+304,7
1964[c] - 65	43,7	241,9	42,6	80,4	72,4	86,9	283,5	670,3	745,2	786,0	475,9	+310,1
1961[d] - 65	80,6	211,5	33,3	63,4	40,6	72,1	252,5	550,8	619,3	723,9	417,0	+306,9
1966 - 70	30,8	181,3	134,8	62,8	101,6	57,8	217,6	683,1	756,3	789,6	513,8	+275,8
1971 - 75	20,2	123,1	113,1	41,7	176,7	57,1	164,7	659,0	750,3	787,5	601,1	+186,4

[a] Saarland wird 1956 wie europäisches Ausland behandelt, Zuwanderungen aus West-Berlin sind in Spalte I enthalten, die Abwanderungen in Spalte XI (vgl. Fußnoten a und b in Tabellenteil A). -

[b] Die Zurechnung der Wanderungen von und nach West-Berlin sowie der Zuwanderungen ohne Ortsangabe, von Personen auf See und ohne festen Wohnsitz erfolgt wie in den Vorjahren. -

[c] Abgrenzung wie in den Folgeperioden (vgl. Fußnoten zu Teil A). -

[d] Für 1961 wurde wie in den Vorjahren abgegrenzt, anschließend wurden die oben beschriebenen Umstellungen vorgenommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, lfd. Jgg.

Tabelle 6* - Die Wanderungsbilanz Italiens zwischen 1955 und 1975

A Jährliche Angaben (in 1.000 Personen)

Jahr	Zuwanderungen insgesamt	Abwanderungen nach Zielregionen						Saldo der Außenwanderungen					
		Bundesrepublik Deutschland (SBA)[a]	Bundesrepublik Deutschland (ISTAT)[b]	Schweiz	EUR 9	Europa insgesamt	Abwanderungen insgesamt	Bundesrepublik Deutschland (SBA)[a]	Bundesrepublik Deutschland (ISTAT)[b]	Schweiz	EUR 9	Europa insgesamt	Wanderungen insgesamt
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII
1955	118,6	3,5	1,2	71,7	75,3	149,0	296,8	- 2,4	- 1,2	-16,9	- 44,2	- 62,7	-178,2
1956	155,3	17,2	10,9	75,6	128,9	207,6	344,8	- 7,8	- 2,0	- 8,0	- 78,4	- 87,4	-189,5
1957	163,3	22,9	7,7	78,9	155,1	236,0	341,7	-10,0	- 3,0	- 9,5	- 98,1	-108,0	-178,4
1958	139,0	30,6	10,5	57,5	99,9	157,8	255,5	-12,7	- 4,3	-15,5	- 44,2	- 59,8	-116,5
1959	156,1	50,7	28,4	82,5	109,8	192,8	268,5	-21,7	-13,1	-21,9	- 38,5	- 60,5	-112,4
1960	192,2	145,3	100,5	128,3	180,7	309,9	383,9	-86,1	-66,4	-38,1	-104,9	-143,5	-191,7
1961	210,2	180,9	114,0	142,1	186,3	329,6	387,1	-86,7	-66,0	-45,4	-101,2	-147,1	-176,9
1962	229,1	203,1	117,4	143,1	171,3	315,8	365,6	-70,2	-47,5	-37,1	- 67,7	-105,2	-136,5
1963	221,2	189,8	81,3	122,0	112,3	235,1	277,6	- 2,5	- 8,0	-15,7	- 12,7	- 28,4	- 56,4
1964	190,2	212,1	75,2	119,9	103,1	216,5	258,5	-42,1	-16,3	-17,9	- 23,8	- 42,3	- 68,3
1965	196,4	271,6	90,9	103,2	127,0	232,4	282,6	-94,1	-21,4	-11,6	- 32,6	- 44,5	- 86,2
1966	206,5	239,4	78,3	104,9	111,8	219,4	296,5	-16,5	- 0,6	-10,8	- 7,2	- 18,5	- 90,0
1967	169,3	107,8	47,2	89,4	73,9	166,7	229,3	+69,4	+ 9,1	- 9,0	+ 5,3	- 4,4	- 59,9
1968	150,0	180,5	51,2	81,2	74,3	158,5	215,7	-55,8	- 7,8	- 7,9	- 7,9	- 16,0	- 65,7
1969	153,3	192,8	47,6	69,7	66,9	139,1	182,2	-57,4	- 7,1	- 3,0	- 5,3	- 8,5	- 28,9
1970	142,5	186,2	42,8	53,7	59,2	115,1	151,9	-46,4	- 6,0	+ 1,4	- 3,7	- 2,2	- 9,4
1971	128,6	169,8	54,1	59,4	71,1	133,1	167,7	-28,4	-17,9	- 8,2	- 18,5	- 27,2	- 39,1
1972	138,3	149,6	43,9	51,0	58,8	111,9	141,9	-19,6	- 2,6	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,8	- 3,6
1973	125,2	154,9	41,4	43,4	53,7	99,0	123,8	-30,7	- 3,6	+ 3,7	- 1,3	+ 2,8	+ 1,4
1974	116,7	88,1	33,5	38,2	46,5	87,1	112,0	+34,8	+ 3,3	+ 5,7	+ 4,0	+ 9,3	+ 4,7
1975	112,8	53,1	28,2	30,4	39,7	72,0	92,7	+53,7	+ 8,6	+10,7	+ 10,4	+ 29,9	+ 30,1

[a]Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - [b]Nach Angaben der italienischen Statistik (wie auch alle anderen Angaben).

noch Tabelle 6*

B Mehrjahresdurchschnitte (in 1.000 Personen)

Jahr	Zuwanderungen insgesamt	Abwanderungen nach Zielregionen						Saldo der Außenwanderungen					
		Bundesrepublik Deutschland		Schweiz	EUR 9	Europa insgesamt	Abwanderungen insgesamt	Bundesrepublik Deutschland		Schweiz	EUR 9	Europa insgesamt	Wanderungen insgesamt
		(SBA)[a]	(ISTAT)[b]					(SBA)[a]	(ISTAT)[b]				
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII
1956 - 60	161,2	53,3	31,6	84,6	134,9	220,8	318,9	-27,7	-17,8	-18,6	-72,8	-91,8	-157,7
1961 - 65	209,4	211,5	95,8	126,1	140,0	265,9	314,3	-59,1	-31,8	-25,5	-47,6	-73,5	-104,9
1966 - 70	164,3	181,3	53,4	79,8	77,2	159,8	215,1	-21,3	- 6,1	- 6,4	- 5,9	- 9,9	- 50,8
1971 - 75	124,3	123,1	40,2	44,5	54,0	100,6	127,6	+33,4	- 2,4	+ 5,9	- 6,9	+ 3,3	- 3,3

[a]Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - [b]Nach Angaben der italienischen Statistik (wie auch alle anderen Angaben).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, lfd. Jgg. - ISTAT, Annuario di Statistiche Demografiche, Roma 1975. - ISTAT, Annuario Statistico Italiano, Roma 1976. - Eigene Berechnungen.